

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 216.

Donnerstag, den 15. September 1921.

28. Jahrgang.

## Enthüllungen.

Deutschnationale Verschwörungen und Putschpläne.

### Die Mörderverschwörung.

München, 14. September.

Zum Morde an Erzberger wird mitgeteilt: Durch das tatkräftige Vorgehen der Kriminalpolizei gelang es, eine Anzahl Personen zu verhaften, die nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung zu den Tätern in Beziehungen standen. Es handelt sich um sieben Personen, meist aktive oder Reserveoffiziere, die größtenteils der Marine angehörten und teils seit Wochen, teils kürzere Zeit sich in München, angeblich zu Studienzwecken, aufhielten. Es sind dies: Manfred v. Killinger, Erhard Kaater, Adolf Hoffmann, Herbert Müller, Fritz Otto Heinrich, Karl Schneider, Johann Reue. Killinger wird beschuldigt, vor dem Mord an Erzberger die Tat mit Schulz und Tilsen bejurohen zu haben. Ferner bewahrte Killinger, um den Mordern die Flucht zu erleichtern, deren Gepäck auf. Die übrigen Beschuldigten sind verdächtig, in den Plan der beiden Täter eingeweiht zu sein. Trotzdem erstatteten sie keine Anzeige, so daß Tilsen und Schulz den Mord ungehindert ausführen konnten. Weiter wurden zwei Personen festgenommen, gegen die aber kein Haftbefehl erlassen wurde. Diesen wird Mittäterschaft zur Last gelegt.

Die nachstehende Meldung, die alles, was hier gesagt worden ist, bestätigt, gibt dem reaktionären WTB. Anlaß zu folgendem Kommentar:

„Bis jetzt ergibt sich nicht der geringste Verdacht, daß in der Vorbereitung der Tat und an ihrer Ausführung, sowie zur Hilfe zur Flucht der Mörder bedeutende Münchener oder Bayern beteiligt waren.“

München, 14. Septbr.

Mit den weiteren Feststellungen der Polizeibehörden in der Morde an Erzberger ist man einem Komplot auf die Spur gekommen, das von kapitalfähigen Kreisen unterhalten wird, und dessen Aufgabe es war, nicht nur Führer der linksgerichteten Kreise umzubringen, sondern nach Möglichkeit Putsch zu inszenieren und das republikanische System mit Gewalt zu kürzen. Unter dem Ausnahmezustand in Bayern konnte dieses Gewaltsystem blühen und keine Fäden über das ganze Reich ausdehnen. Vor München nach Schlesien und nach Ostpreußen gehen die Spuren der Mörder- und Putschpläne. Heute unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß für die allernächste Zeit ein Gemetzel vorgesehen war, der von den ehemaligen Ehrhardtleuten in München unter dem Schutz der dortigen Polizeidirektion über das ganze Reich vor sich gehen sollte. Für nichts und wider nichts wurden große Munitions- und Waffentransporte nicht mit allen Mitteln ausgeführt und nicht umsonst trafen sich Bauer, Ehrhardt und alle übrigen bekannnten Putschisten vom Jahre 1920 in Rosenheim und anderen Städten Bayerns. Die Austragung des Konfliktes mit Bayern bedeutet keinen Kampf gegen das bayerische Volk, sondern einen Kampf gegen die alspreußischen Reaktionäre, die sich seit Monaten in München aufhielten. Von München aus werden die Befehle erteilt über das ganze Reich, und es ist bezeichnend, daß, als die Reichsregierung die Verhaftung von reaktionären Elementen in Schlesien veranlassen wollte, von München aus an diese Leute die vorzeitige Mahnung gerichtet wurde, so daß sie entfliehen konnten und heute noch in Freiheit leben.

Die Beurteilung der Fahndung nach den Mordern Erzbergers durch die bayerische Presse erbringt den Beweis, daß dieselbe, anstatt die Tätigkeit der Behörden zu unterstützen, die Mordern nach Möglichkeit zu schützen versucht. — So schreibt die „Münchener Zeitung“, daß einer der Mörder Marineoffizier mit Leib und Seele gewesen ist, dem durch den Zusammenbruch Deutschlands die Aussicht genommen ist, dem erwähnten Beruf treu zu bleiben. Daß solch ein Mann zum Mörder werden kann, wenn hinzukommt, daß er in dem neuen Beruf, in den er hineingedrängt wurde, keine Verteidigung findet, sei erklärlich. Im übrigen äußert das Blatt großes Mitleid mit den Verhafteten, unter denen sich auch ein Student befand. Er ist früh um 8 Uhr aus dem Bett heraus verhaftet worden und bis 3 Uhr nachmittags festgehalten worden, ohne einen Bissen Essen erhalten zu haben. (Woh, wie entsetzlich!) Und dann die „München-Augsburger Zeitung“. Sie sieht an, daß die Dienstag in Berlin verhaftete Familie nach 24 Stunden noch nicht dem Untersuchungsrichter zugeführt worden war. Ebenso wendet sie sich gegen eine Verordnung des Reichspostministeriums, die in einem Rundtelegramm an die Postämter die Postbeamten der Amtsverschwiegenheit entbindet.

Selbst die „Münchener Tageszeitung“ bedauert den armen Dr. Heim, der sich eine Hausungung gefallen lassen mußte. Aus demselben Blatt geht jedoch hervor, daß die Mordern in seinem Bereiche in Regensburg Aufnahme gefunden haben.

Außer den reaktionären Machenschaften in München ist man bereits seit einigen Tagen auf Treibereien reaktionärer Kreise in Schlesien aufmerksam geworden. Wie wir erfahren, bestehen zwischen Bielau a. d. Neisse, wo sich ehemalige oberösterreichische Selbstschutzeinheiten aufhalten, und München enge Verbindungen. Es wird von Bielau ein Tageskurierdienst nach München unterhalten. Durch vorzeitige Zeitungsnachrichten und durch Weitergeben der Regierungsanordnungen durch reaktionäre Beamte konnten die Reaktionäre in Bielau nicht festgenommen werden.

### Bayern schämt sich.

München, 14. September.

Der „Bayerische Kurier“ schreibt: Das bayerische Volk lehne ebenso entschieden wie den Umsturz von links auch jene Gegenrevolution ab, die sich der verbrecherischen Gewalttat und des feigen Mordes bediene. Mit brennender Schande habe man es daher vernommen, daß an der Ermordung Erzbergers Personen beteiligt sind, welche das bayerische Gastrecht zu verbrecherischen Untertanen mißbraucht haben.

### Die bayerische Regierungsbildung.

Berlin, 14. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Frage der Regierungsbildung in Bayern hat bisher keine Fortschritte erfahren. Zwar bemühen sich die Deutschnationalen, den bisherigen Ministerpräsidenten Rahr zu halten, aber es scheint doch, daß alle Huldigungstelegramme und Kundgebungen für Rahr auf die bayerische Volkspartei ihren Eindruck verfehlen. Nach wie vor steht die Reichsregierung den bayerischen Angelegenheiten abwartend gegenüber. Ihre Maßnahmen werden von der Zusammensetzung des neuen Kabinetts abhängig sein. Das steht heute schon fest, sollte in München abermals eine Regierung auf der Basis der Deutschen, die eine Verkörperung des Systems Rahr darstellt, dann wird die Reichsregierung über den Kopf dieser Regierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes anordnen. Anders wird es sein, wenn ein Kabinett gebildet wird, daß für die Durchführung gesitteter und gerechter Verhältnisse die notwendige Gewähr bietet. Mit einem Kabinett für wahres Recht und wahre Ordnung wird die Reichsregierung über die bayerischen Angelegenheiten jederzeit in Verhandlungen treten, nicht aber mit einer Regierung, die das bisherige System verkörpert.

### Eine Anfrage

#### der „Germania“ an Bayern.

Berlin, 15. September.

Die „Germania“ wendet sich in einem Artikel gegen die Deutschnationalen und fragt: „Hat die bisherige bayerische Regierung und ihre Organe Kenntnis gehabt, daß sich in München Verschwörer aufhielten? Hat sie etwas davon gewußt, daß sich Kappisten dort herumtreiben, die steckbrieflich gesucht werden? Diese Frage richten wir in aller Offenheit an die Münchener Herren, die dort bisher das Regiment geführt haben und die es nur verstanden, sich nach links als stark zu erweisen. Auch die Reichsregierung wird um die Beantwortung dieser Fragen nicht herumkommen. Der Artikel schließt: „Noch ist die Lage in Deutschland zu retten. Noch ist nicht alles verloren, wenn nur alle aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Noch ist es möglich, auf dem friedlichen Wege einer geordneten Demokratie das deutsche Volk politisch emporzuführen.“

### Das isolierte Frankreich.

Berlin, 15. September.

(Berl. Tagebl.) Aus Paris wird gemeldet: Es steht nunmehr fest, daß Ministerpräsident Briand seine große Rede am 9. Oktober in St. Nazaire halten wird. Der Abg. Dutroy erklärt im „Journal“: Frankreich ist isoliert. Die öffentliche Meinung ahnt nur dunkel, daß Frankreich durch unsichtbare aber feste Fäden behindert ist, deren Enden von den früheren Alliierten und Assoziierten in der Hand gehalten werden, Fäden, die es auf seinem Weg behindern, mag es in Syrien, Afrika oder Oberschlesien und auch im Stillen Ozean sein. Frankreich findet England überall vor sich oder neben sich, wenn nicht gar in offener Feindschaft. Verschiedene amerikanische Staaten stehen gegen Frankreich. Die Vereinigten Staaten lehnen es trotz ausgezeichneter platonischer Kundgebungen ab, die französische Politik zu unterstützen, während sie die Monroe-Doktrin wieder aufrichten und dabei den Dollar auf einer Höhe halten, der uns ruiniert. Spanien macht uns für sein Unglück verantwortlich. Italien ist mehr als reserviert. Deutschland ist schließlich unter der schwindelhaften Mark einer Republik in monarchistischer Form von braulenden Rachegeulsten erfüllt und ganz und gar bereit, wieder einmal seine Unterwürigkeit zu verleugnen, um nicht einen Vertrag auszuführen, einen Vertrag, den unsere Alliierten selbst tagtäglich ein wenig abbröckeln.

### Geist von eurem Geiste.

Dr. L. Lübeck, 15. September.

Die Enthüllungen über den Erzbergermord kamen den Rechtsparteien höchst unlegen. Besonders hier in Lübeck. Die Bürgerschaftswahlen stehen vor der Tür, und man hatte im Herzen sich schon darauf gefreut, vor die Bevölkerung hintreten zu können, mit einer schwarz-weiß-roten Schleife im linken und einem von einem Stahlhelm verdeckten Hakenkreuz im rechten Knopfloch, um ihr zuzurufen: Kommt alle, tretet hinter uns; wir wollen den roten Terror gemeinsam bekämpfen und beseitigen! Wir werden eintreten für Ordnung und bürgerlichen Frieden!

Viele hätten es getan, und sichernd wären Deutschnationale und Deutsche Volkspartei dann ins Hinterstückchen gewandert, hätten sich über die Dummheit ihrer Nachläufer lustig gemacht, und hätten dann im trauten Beisammensein einen Vertrag auf Gegenseitigkeit ausgearbeitet, wonach die alten Geld- und Pfefferfäde geschützt werden sollen.

In diese traute Segensstimmung knallten die Griesbacher Revolvergeschüsse. Man hochte einen Augenblick hin, und sofort hatte man die Lage erfasst. Sieh dumm stellen, war die Lösung. Gut, daß er tot ist; aber mit dem Morde haben wir nichts zu tun. Solch eine Bluttat können überhaupt nur Kommunisten begehen; gerade das ist es ja, was wir bekämpfen wollen. Und man protestierte sich geheim und verschämt zu, auf daß man die Mordern nicht zu fassen bekomme. Die nächste Runde aber opferte man verständnisinnig dem Münchener Polizeipräsidenten und seinem Anhang.

Und alles schien gut zu gehen. Da kommt der tollpatschige badische Staatsanwalt — wahrscheinlich so ein halber Sozialdemokrat — und deckt das ganze Wespennest auf. Er sticht in die schon lange schwärende Beule und der Eiter fließt, fließt in Strömen überall. Es gibt ganze Morderverbindungen in Deutschland, die von kapitalfrächtigen Nationalisten finanziert werden; ihre einzige Aufgabe ist, die hervorragenden Führer der Linksparteien um die Ecke zu bringen. Es gibt Organisationen, denen Millionen zur Verfügung stehen, und die nur den Zweck haben, Putsch vorzubereiten und durchzuführen und die Republik mit Gewalt zu beseitigen. Diese ganzen Verschwörerbanden setzen sich zusammen aus ehemaligen Offizieren, die sich bisher an geregelte Arbeit nicht gewöhnen wollten. Solange die Freikorps bestanden, trieben sie sich mit diesen in der Welt umher, und nach deren Auflösung bildete man Geheimbünde. Geld stand in jeder Summe zur Verfügung.

Die Kapitalisten, die mit der rechten Hand die Deutschnationalen und die Volkspartei aushalten, stecken mit der linken diesen Geheimorganisationen Millionen zu. Die ganze ehemalige Marinebrigade Ehrhardt, hauptsächlich aus früheren Seeoffizieren bestehend, kriecht so ihr geheimes Dasein. Ihre Mitglieder führen ein herrliches Leben. Man verlangt nichts von ihnen, als daß sie von Zeit zu Zeit einen Gareis oder einen Erzberger aus dem Hinterhalt niederschleßen; und daß sie sich bereit halten, um auf den ersten deutschnationalen Fingerzeig einen zweiten Kapp-Putsch zu unternehmen. Straffreiheit wird ihnen im voraus zugesagt.

Das alles ist dem deutschen Volke tausendmal von sozialdemokratischen Zeitungen erzählt worden. Es wurde aber von rechts mit solch redlichem und bravem Gesicht weggeleugnet, daß viele sich izehließen ließen, und den nationalistischen Anschuldigungen trauten. Und jetzt treten plötzlich die Tatsachen auf, und reden eine Sprache, die auch den letzten überzeugen wird, überzeugen muß.

Mit Schreden wird man gewahr, daß in Deutschland ganze Bevölkerungskreise in einer Geistesverfassung sind, die Mordgegnung direkt züchten muß. Hat nicht die schwarz-weiß-rote Presse die Freikorps tagtäglich mit Wehrbrauch befreut, hat sie nicht ihre ungeheuerlichen Ausschreitungen mit sogenannter „Vaterlandsliebe“ entschuldigt oder ganz unterschlagen? Mühten sich diese Ehrhardts- und Kappbachverbrecher nicht wie Halbgötter vorzoteln, wenn sie immer von diesem Geiste umnebelt waren? Schließlich mußten sie sich für die Retter des Vaterlandes halten, wenn sie ihre Mordtaten aushielten.

Angehts dieser Tatsachen kann man den Rechtsparteien mit vollem Recht zurufen: Es ist Geist von eurem Geiste, der den Münchener Mordern die Hand geführt hat? Es ist Geist von eurem Geiste, der in der Ehrhardtbrigade die unselige Mordlust und die Putschpläne erzeugt hat. Und das gleiche rufen wir allen jenen zu, die aus Gedankelosigkeit und ohne große Ueberlegung den Rechtsparteien nachlaufen, einzig deshalb, weil sie mit großem Maul die Trompete des gedankenlosen Patriotismus blasen.

Die alte Hege gegen den roten Terror und für Ruhe und Ordnung ist durch die Macht der Tatsachen erlosch; die Münchener Enthüllungen haben den Herren auf der rechten Seite ihr bisheriges Agitationsmittel aus der Hand geschlagen. Krampfhaft sucht man deswegen nach etwas anderem, um

die Dummen auf die Leimrute Klettern zu lassen. Und man hat schon etwas gefunden. Wozu brauchen wir denn immer diese unbehaglichen politischen Erörterungen? Man schiebe doch einfach die ganzen Parteifragen für die Dauer des Wahlkampfes in den Hintertank; um heuchlerisch von nichts anderem zu reden, als dem Wohl der Vaterstadt. Sogar die „Düb. Anz.“ bringen schwarzgerändert die Todesanzeige ihres politischen Angeführten. Von jetzt an wolle sie keiner Partei mehr dienen, von keiner Partei mehr abhängig sein.

Nach der Wahl können sie ja wieder auf ihre alte Weisheit zurückkommen, daß die Arbeiter (und damit selbstverständlich auch die Angestellten) die Hauptpflicht haben, die Lasten des deutschen Reiches aufzubringen. Einsteifen aber sucht man Dumme.

## Fortsetzung der Steuerdebatte im Reichswirtschaftsrat

Berlin, 14. September (Eig. Drahtber.)

Präsident Edler v. Braun teilt mit, daß die Plenarsitzungen nach Abschluß der Generaldiskussion über die Steuerergänze bis zur Erledigung der Ausschüßberatungen über den Antrag Wiffell ausgesetzt werden sollen.

In der fortgesetzten Generaldebatte über die Steuerergänze tritt v. Sie mens (Arbeitgebervertreter der Industrie) als Lehnwörter den Ausführungen Wiffells und Silberlings über die Planwirtschaft entgegen. Die Planwirtschaft wird als das Ei des Kolumbus dargestellt. Goldwerte allein machen es nicht, dafür sind die Eisenbahnen mit ihrem Defizit ein überzeugender Gegenbeweis. Es heißt, man müsse in die Substanz eingreifen, da das Londoner Diktat aus den Ueberprüfungen nicht erfüllt ist. Damit wird derselbe Fehler begangen, der beim Reichsnotopfer gemacht worden ist. Aus den 20 Proz. wird der Staat doch auch nur Papiergeld erhalten, damit ist ihm nicht gedient. Für den Augenblick nur, aber nicht für die Dauer wird ihm damit eine Erleichterung zuteil.

Rebattent Feiler (von der Regierung ernannt) gibt dem Vorredner recht, daß Planwirtschaft ein Schlagwort ist, aber auf den Begriff der Goldwerte treffe diese Bezeichnung nicht zu. Durch die vorgeschlagenen Steuerergänze allein kann das Reparationsproblem nicht gelöst werden, schon deshalb ist etwas daran am dem Begriff der Goldwerte oder Sachwerte. Gemäß ist die Fassung von Substanzwerten gefährlich. Aber es gilt doch, Deutschland vor einer Katastrophe zu bewahren. Schon heute leidet das Reich in riesigen Umfang von der Substanz. Wird der harte Schritt nicht getan, so muß Deutschland auf das Niveau Oesterreichs herunterrutschen.

Fabrikant Bögeler-Mannheim (vom Reichsrat ernannt) weist den Vorwurf zurück, daß man in den Bestrebungen wirtschaftlicher Gesundung verjage, wenn man diesen Weg nicht betrete. Sehr bedauerlich ist und bleibt es, daß die Reichsregierung über das voraussichtliche Ertragsniveau ihrer Steuerpläne sich nicht ausläßt. Es scheint, daß dieses Ergebnis für die Reparation überhaupt nichts übrig lassen wird. Wenn der Antrag Wiffell so aufgeführt wird, der Reichswirtschaftsrat soll der Regierung den Weg zeigen, wie für das nächste Jahr Devisen zur Deckung der Reparationsforderungen beschafft werden können, ohne die Substanz unserer Wirtschaft dauernd anzugreifen, so bin ich damit einverstanden. Eine dauernde Verminderung der Substanz wäre unmöglich.

Haber mann (Arbeitnehmervertreter des Handels): Will man Sachverständige mitarbeiten lassen, dann ist es zweckmäßig, sie vorher zu hören, aber nicht erst, wenn bereits eine gewisse Vereinheitlichung der politischen Kräfte vorgenommen worden ist. Das Steueranlagensystem hat eine große Schuld an den geringen Einnahmen des Reiches. Die neuen Steuerergänze werden eine neue Enttäuschung bringen. Alle Arbeitnehmer sollten sich darüber klar sein, was es gerade für sie bedeutet, wenn wir die Substanz unserer Wirtschaft vermindern und an das Ausland veräußern. Welche Kreise der Arbeiterschaft in Deutschland sind sich darüber nicht klar. Solche Eingriffe in die Substanz haben auch in anderen Ländern und Zeiten nicht allzuviel der Gesundung der Volkswirtschaft genützt. Wir werden für den Antrag Wiffell stimmen, wie ihn Cohen hier erklärt hat. Wir müssen rasch Geld schaffen, damit wir im nächsten Jahre die Reparationsleistungen erfüllen und die politische Atmosphäre entspannen können. Wir müssen eine organisatorische Steuerabotage besonders seitens der Landwirtschaft mit allen Kräften zu vermeiden suchen.

Zivilingenieur Dahl (Vertreter der freien Berufe): Wozu braucht die Marine mit ihren 15 000 Mann eine eigene Bauverwaltung? Heer und Marine brauchen doch zusammen nur eine Bauverwaltung. Wann wird nun endlich der Anfang damit gemacht, die ganze Verwaltung zur Wirtschaftlichkeit zu erziehen? Warum verhält man sich gegenüber der Mitarbeit der wirtschaftlichen Verbände ablehnend?

Mußo (Berliner Straßenbahnvertreter): Die Steuerentwürfe der Regierung bieten keine Basis für die Gesundung. Man sollte die Steuererhebung auf die beiden Grundpfeiler der Vermögens- und Einkommenssteuer stellen. Weiter darf man nicht gehen. Aufgabe der Regierung muß es sein, einen Zwangsvergleich mit den Gläubigern herbeizuführen, nicht aber das Wirtschaftsgeld zu zerstören. Wir dürfen nur aus dem Ertrag herausholen, die Substanz muß unverletzt bleiben.

Albrecht (Arbeitnehmervertreter der Landwirtschaft): Bei der Besteuerung der Landwirtschaft darf nicht der Goldwert, sondern der Ertragswert zugrunde gelegt werden.

Damit schließt die Generaldiskussion. Der Antrag Wiffell wird mit den Änderungen dem Reparationsausschüß überwiesen.

Es folgt die Beratung über den Antrag Cohen (Freie Berufe), betreffend internationale Vereinbarungen zur Regelung von im Auslande befindlichen Vermögenswerten. In Verbindung damit wird der Antrag Schmecker-Marz betreffend den Ausbau der Handelsstatistik beraten. Der vom Finanzpolitischen Ausschüß bereits am 4. Juni angenommene Antrag geht dahin, an diesen Ausbau mit dem Ziel heranzutreten, daß ein genauer Nachweis über den Wert und Verbleib deutscher Forderungen an das Ausland abgegeben wird. Beide Anträge werden ohne Diskussion angenommen.

### Die Arbeitszeit im Bergbau.

Ein Gesetzentwurf der Reichsregierung will die am 1. März 1921 tariflich vereinbarte Arbeitszeit für Arbeiter unter Tage im Stein- und Kohlenbergbau als Höchstarbeitszeit gesetzlich festlegen. Der sozialpolitische Ausschüß des Reichswirtschaftsrates hat nach längerer Beratung einen Antrag Gärner (Arbeitnehmervertreter des Kalibergbaues) gutgeheißen, wonach die Maßnahmen analog für den gesamten Bergbaubetrieb unter Tage Platz greifen sollen. Soweit Tarifverträge bestehen, soll die Schichtzeit im allgemeinen 7, bei besonderen wirtschaftlichen Notwendigkeiten 7½ Stunden betragen. Tariflich entsprechende Abmachungen sollen vorgenommen werden bei Temperaturen von 28 bis 32, von 22 bis 26, von mehr als 36 Grad Celsius. Nachdem der Referent Gärner eine ausführliche Darstellung der Untersuchungsbedingungen gegeben hatte, stellte Kommerzienrat Schumann (Arbeitgebervertreter des Kohlenbergbaues) den Antrag auf Vertagung. Derselbe Antrag wird entgegengehalten, daß der Ausschüß mit allen gegen eine Stimme zur Annahme ge-

langt ist. Nach Ablehnung des Vertagungsantrages wird der Ausschüßantrag fast einstimmig angenommen.

Von den vereinigten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ausschüßen ist neuerdings ein Antrag zur Erwerbslosenfürsorge angenommen worden, der spezielle Vorschläge für die Handhabung der unterstehenden und produktiven Erwerbslosenfürsorge enthält. Dieser Antrag gelangte ohne Erörterung, nach kurzer Begründung durch Wiffell, einstimmig zur Annahme.

Die Verhandlung über den Ausschüßbericht, betr. den Gesetzentwurf über die Lohnskizze, wird vertagt, da Staatssekretär Hirsch, der dazu sprechen will, heute verhindert ist.

Nächste Sitzung Ende September. Schluß 2 Uhr.

## Bela Kun der Anstifter des Märzputsches?

### Aussage des Reichssicherheitskommissars im Untersuchungsausschüß.

Berlin, 14. Septbr. (Eig. Drahtber.)

Der Untersuchungsausschüß des preussischen Landtages setzte am Mittwoch die Zeugenvernehmung fort. Zunächst ist als Zeuge Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit Dr. Weichmann erschienen. Der Zeuge ist auf der Konferenz in Merseburg zugegen gewesen. Dort wurde von Direktor Oster von den Leunawerten über umfangreiche Diebstähle und kommunistischen Terror gefolgt. Der Zeuge war aber Gegner der Polizeiaktion, weil sie einen kommunistischen Ausbruch hervorrufen mußte. Er behauptet, er habe keine Bedenken dem Ministerialdirektoren Wegmann mitgeteilt, der zugab, daß nicht genügend Polizeikräfte zur Verfügung ständen. Eine rote Armee stand nach Ansicht des Zeugen höchstens auf dem Papier. Bestanden hätten aber Kampforganisationen. Diese habe er in den verschiedensten Gegenden Deutschlands entdeckt und mit gerichtlicher Hilfe aufgelöst. In der Provinz Sachsen wäre die Sache aber noch nicht reif gewesen. Am Gründonnerstag fand eine Chelbepredigt in der Reichstanzlei statt. Minister Severing begründete die Polizeiaktion und zerstreute die Bedenken. Entwaffnungskommissar Peters schloß sich ihm an. Der Zeuge will jedoch widersprochen haben. Dr. Peters habe erklärt, die paar Waffen hole er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Zustand ist dann tatsächlich ausgebrochen. Trotzdem hätten die anderen Gegenden sich nicht durch die Sekarbeit der „Roten Fahne“ zum Anschluß bewegen lassen. Der Zeuge glaubt, daß erst die

### Parole durch die Reaktion

einen solchen allgemeinen Arbeiteraufstand hervorgerufen hätte. Der mitteldeutsche Aufstand ist keine Repressalie gegen die Polizeiaktion gewesen, sondern ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter Eid zu behaupten, daß Bela Kun zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland gewesen ist. (Hört, hört!) Er sei der berühmte Turkestaner. Ohne Moskau gäbe es auch in Deutschland keine gewaltsame Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Russland hat den allerdings zu früh ausgebrochenen Aufstand unterstützt. Der Zeuge fährt fort: „Ich werde von der „Roten Fahne“ „Oberputzel“ genannt. (Heiterkeit.) Ich arbeite nicht mit Spitzeln. Meine Nachrichten stammen von Behörden. Daneben habe ich aber eine andere Organisation geschaffen. Eine Anzahl Abgeordneter sendet mir aus den verschiedenen Provinzen Nachrichten, aus dem Ruhrgebiet Abg. Schluchtmann. Wenn aber die „Rote Fahne“ gestohlene Aktienliste von mir veröffentlicht, so kann ich den Vorwurf der Bepitzelung zurückgeben. Nicht die leibliche Gefahr eines Rechtsputzsches bestand in Mitteldeutschland. Die Geschichte der Magdeburger Spitzelzentrale ist eine lächerliche Uebertreibung. Solche Nachrichtenquellen sind doch ein bequemer Erwerb. Seit dem Kapp-Putsch habe ich

### 78 Spitzelzentralen aufgehoben.

(Hört, hört!) Auch auf die Magdeburger Zentrale habe ich erst den Oberpräsidenten aufmerksam gemacht. Nur durch die Verschleierung der Geldquellen kann man solche Stellen unterdrücken. Solange Gegner der Verfassung bestehen, ist der Staatskommissar notwendig. Aber ich habe gar keine Machtbefugnis. (Hört, hört!) Wenn der Polizeipräsident von Berlin erklärt, das mache ich nicht mit, dann läßt er auf dem Poppen. (Heiterkeit.) Darin liegt der Fehler. Aber die Hauptfrage ist die Handhabung. Moskwa arbeitet mit der Meldestelle in Hannover glänzend zusammen. Er ist immer orientiert. Die Polizeiaktion ist von der kommunistischen Führerschaft benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzureißen. Weiter gibt der Zeuge auf Befragen an, die Schätzung der Entwaffnungskommission über die vorhandenen Waffen näherte sich mehr der Wahrheit als die übertriebene Schätzung des Präsidenten v. Gersdorff. Der Zeuge glaubt nur an das Vorhandensein von Kampforganisationen. Die Nachrichten über das Bestehen einer roten Armee, wenigstens auf dem Papier, hält der Zeuge für nicht authentisch.

Dr. v. Dryander: Mußten die Behörden nicht damit rechnen, daß die Kampforganisationen sich einigen würden?

Zeuge: Das möchte ich verneinen. Schließlich ist das Sache des politischen Fingerputzengedächtnisses. — Dryander: Mußte die Regierung ihre Behörden nicht danach unterrichten? — Zeuge: Die Behörden müssen natürlich die kommunistische Bewegung überwachen. Wir haben z. B. Sinowjew in Halle reden lassen, damit über

### die Ziele der Kommunisten

### Klarheit bestehe.

Heidenreich legt dem Zeugen Photographien von Fragebogen vor, in denen Namen der Führer angegeben sind. — Zeuge: Solche Nachrichten haben sich meist als falsch erwiesen. Ihr Verkauf hat sich geradezu als ein Erwerb herausgebildet. Die eigentlichen Führer hüten sich. Bei den Kampforganisationen werden stets harmlose Leute vorgehoben, wie sie in Kassel verurteilt worden sind. Weiter erklärt der Zeuge, dem Minister Severing könne man keinen Vorwurf machen. Die Meinungsverschiedenheiten sind in vollendeter Form ausgetragen worden. Der Minister hat auch oft recht gehabt, z. B. beim Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik.

Es entwickelte sich darauf eine längere Debatte über den Zeitpunkt der Merseburger Konferenz. Aus den Akten ergibt sich, daß die Konferenz am 18. März stattgefunden hat. Unterschrieben ist aber der Aufruf am 16. März und am 17. erschienen, also vor der Konferenz. Das steht im Gegensatz zu den Erklärungen des Zeugen, der glaubt, er habe mit dem Minister darüber gesprochen, daß das Ministerium durch die Aktion überlistet worden sei. Nach den Akten ist es aber möglich, daß am 20. März noch ein zweiter Aufruf erschienen ist, der nun dem Zeugen nach der Konferenz sehr merkwürdig erschienen ist. Die Frage soll durch weitere Vernehmungen geklärt werden. — Auf eine Anfrage des Abg. von Cynern bekennt der Zeuge, auf der Konferenz habe der Minister politische Hilfe versprochen. Einzelheiten der Aktion sind nicht besprochen worden. Auf allgemeine politische Fragen sei man nicht eingegangen. Alle Teile waren sich einig, daß man gegen die Verbrecher vorgehen müsse. Die Diebstähle habe man nicht als politischen Faktor betrachtet. Die Rede des Direktors Oster von den Leunawerten über die Industriediebstähle habe großen Eindruck gemacht. — Vom Vorsitzenden Kuttner befragt, gibt der Zeuge an, die privaten Nachrichtenstellen hätten die Bevölkerung sehr beunruhigt, aber im ganzen hätte es nicht so gestanden, daß ein solches Stürmchen daraus gemacht würde. Wenn ein „Roter Armee“-Plan in der „Deutschen Tageszeitung“ erschien, sei er ein paar Tage lang, weil demnach das Telefon lärmte und Beweise dagegen könne er leider des beunruhigten

Behörden nicht geben. — Die Leiter der Magdeburger Spitzelzentrale seien dem Zeugen lange bekannt gewesen. Der eine war ein Demokrat. — Auf eine Frage des Abg. Kiltan erklärt der Zeuge, er möchte die Namen der

### Gelbgeber der Spitzelzentralen

nicht nennen. Von der Magdeburger Zentrale spreche er nicht. Sie gehörte nicht nur den rechten, sondern auch den linken Parteien an. — Abg. Dr. v. Dryander fragt, ob sich auch Behörden an die privaten Nachrichtenstellen gewandt haben. — Darauf ist dem Zeugen nichts bekannt. Auf die Magdeburger Spitzelzentrale habe er wenig Wert gelegt. — Dr. v. Dryander: Hörtling hat aber mit ihrem Bestehen die Rechtsputzbestrebungen beweisen wollen. — Vom Vorsitzenden befragt, erklärt der Zeuge, er wisse natürlich nicht genau, ob

### der vielgenannte „Turkestaner“

auch Bela Kun sei. Dieser sei jedenfalls damals in Mitteldeutschland gewesen. Die kommunistische Partei hat auf Befehl von Maslau einen Aufstand machen müssen, war aber mit den Vorbereitungen noch nicht fertig. Paul Levi hatte recht, wenn man seiner Meinung nach die Polizeiaktion als gute Gelegenheit benutzte, die Arbeiter zum Aufstand zu hegen. — Hierauf wird die Vernehmung des Zeugen abgebrochen, da ihn dringende Amtsgeschäfte abrufen.

In der Nachmittagsitzung teilt Vorsitzender Kuttner ein Schreiben des Polizeidirektors Bötz-Halle mit, in dem dieser gegen den laut Presseberichten vom Abg. Heidenreich erhobenen Vorwurf Protest erhebt, daß er nicht nur nicht den kommunistischen Bestrebungen entgegengetreten sei, sondern sogar zu bewaffnetem Aufstand aufgefordert habe. Er bitte um seine Vernehmung. — Vernommen wird als Zeuge Bischoffswedel a. D., jetzt Kaufmann Hund-Halle. Zeuge macht auf Befragen Mitteilung über Spitzeltätigkeit eines gewissen Paul Grimm in Halle. Dieser Grimm sei eingeschriebenes Mitglied und Funktionär der K. A. P. D. gewesen, habe aber unter Bezahlung vom Leiter der Nachrichtenabteilung, des Leunawerten Oswald, Spitzeldienste verrichtet. Der Vorsitzende hält dem Zeugen einen an den Abgeordneten Kiltan gerichteten Brief vor, in dem er sagt, er habe den Befehl erhalten und ausgeführt, dem verhafteten Grimm zur Flucht zu verhelfen und ihn nach Holland abzuschleppen. Darüber verweigert Zeuge die Aussage. Auf Befragen des Abgeordneten Kiltan bestätigt Zeuge, daß Grimm durch Geld gestiftet gemacht, Mitglied der K. A. P. D. zur Teilnahme an den militärischen Übungen veranlaßt habe. Abgeordneter Heidenreich: Ist Grimm aus der Untersuchungshaft weggeschafft worden oder war er frei? — Zeuge: Er war frei. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob in Besenstedt Erschießungen vorgenommen seien, berichtet Zeuge, daß nach den Kampfen einzelne Versprengte aufgefunden, abgeführt und zum Teil an die Wand gestellt seien. Zeuge hat selbst gesehen, daß der Amtsvorsteher Schönemeier von Sipobeamten das Kommando: „Marsch, an die Wand!“ erhalten habe und dann nach einigen Schüssen zusammengebrochen sei. Ein anderer Gefangener, namens Herzog, wurde erschlagen. Diese Vorgänge hatte der Amtsvorsteher von Besenstedt und ein Kaufmann Kette mit angesehen, die später vor dem Staatsanwalt ausgesetzt hatten, nichts davon zu wissen. Bei der Erschießung des Schönemeier sei ein Offizier anwesend gewesen. — Auf eine dahingehende Frage des Abgeordneten Kiltan erklärt der Zeuge, es seien ihm verschiedentlich 30 000 Mark von Gutsbesitzern angeboten worden, wenn er bekannte Kommunistenführer, zum Beispiel Merker, beiseite schaffe. Von Merker sei nicht direkt die Rede gewesen, aber es seien dabei Bemerkungen, daß er doch solche Leute nach ihrer Verhaftung nicht abliefern könne. Kiltan: Haben Sie denn das Geld bekommen? — Zeuge: Nein, es sollte gesammelt werden, aber dann brähen sich alle. (Heiterkeit.) Hierauf wird die Vernehmung des Zeugen Dr. Weichmann fortgesetzt. — Dr. Krüger (D.M.P.): Welche Verbotgründe hatte der Zeuge dazu, daß die mitteldeutschen Vorgänge in Verbindung mit Moskau standen? — Zeuge: Die Polizeiaktion war als reine Aktion gegen Verbrecher aufgeföhrt. Später sprach die kommunistische Welle dauernd von einem russischen Agenten. — Dr. Krüger: Wollte Mar Höll die kommunistische Aktion fördern oder ist er bloß gemeiner Räuber und Plünderer. — Zeuge: Er war nur gemeiner Verbrecher. — Kiltan protestiert gegen diese Vernehmung, die nicht Tatsachen, sondern Meinungen feststelle. — Dr. Heidenreich: Was weist auf eine Verbindung mit Moskau hin? — Zeuge: Es war genug Beweismaterial vorhanden für eine direkte Verbindung mit Moskau. — Dr. v. Dryander fragt nach den Funktionen der Meldestellen. — Zeuge: Vor Oberregierungsrat Hering war die Magdeburger Meldestelle die schlechteste von allen. Die Stellung des dortigen Oberpräsidenten war schwer, weil er als Staatskommissar dem Reichsminister Koch, als Oberpräsident dem Minister Severing unterstand und durch die widersprechenden Anordnungen in eine lächerliche Stellung kam. Das Unglück war bei uns, daß von zu vielen Stellen regiert wurde. — Heidenreich: Aus welchen Quellen schöpfte das Staatskommissariat seine Nachrichten? — Zeuge: Ich bekomme meine Nachrichten aus amtlichen und privaten Quellen. Mitunter wird auch eine Belohnung gezahlt. Aber Agenten beschaffte ich nicht. — v. Cynern: Minister Severing hat es im Plenum des Landtages als selbstverständlich hingestellt, daß die Polizei Spitzel beschäftigt. — Zeuge: Damit hat er aber meine Behörde nicht gemeint, wie er mir ausdrücklich bestätigte.

Damit ist die Vernehmung des Staatskommissars Dr. Weichmann beendet. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Unter anderem wird nachmittags die Vernehmung des Oberpräsidenten Hörtling stattfinden. Auf die Vernehmung des Abgeordneten Dr. Levi wird verzichtet, nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß ein Zwangsmittel gegen Dr. Levi dem Ausschüß nicht zusteht oder zum mindesten keine Anwendung zwecklos wäre.

Schluß 5½ Uhr.

## Hereingefallene Anfläger.

Vor dem preussischen Untersuchungsausschüß entrollt sich Tag für Tag ziemlich das gleiche Bild. Die als Zeugen vernommenen höheren Beamten machen ihre Aussagen über die Märzunruhen, und dann stürmen die rechtsparteilichen Abgeordneten Dr. Dryander, von Cynern, Heidenreich usw. mit einer Flut von Fragen auf sie ein, um irgend etwas aus ihnen herauszuquetschen, was sich gegen Hörtling oder Severing politisch auswirken ließe. Das Resultat ist aber mehr als mager. Gewiß sind bei einer so großen Aktion auch einzelne Fehler gemacht worden, gewiß hätte man dieses oder das auch anders machen können, — es fragt sich nur, ob es besser gemacht worden wäre, wenn statt der in Arbeitersachen praktisch erfahrenen Hörtling und Severing weltfremde Buchstabenjuristen vom Schläge der v. Cynern und v. Dryander mit der Bekämpfung des Aufstandes beauftragt worden wären.

In der Dienstagsitzung erlebten die Herren bei der Vernehmung des Oberregierungsrats Hering vom Oberpräsidentium Magdeburg wieder eine Anzahl blutiger Blamagen. Zunächst wies auch dieser Herr, der die Meldestelle unter sich hatte, die v. Gersdorffschen Phantastien über die Rote Armee energisch in das Reich der Fabel zurück. Trotz duldender Querfragen der Rechtsparteiler verharrete er dabei, daß über lokale Kampfgruppen die kommunistische „Armee“ nie hinausgewachsen ist.

Dann schwamm der Rechten der Fall des unabhängigen Landrats Raute in Bitterfeld davon, der nach dem Bericht des Dr. v. Draganer in öffentlicher Versammlung gegen die Reichswehr gehegt haben sollte. Tatsächlich hat die Untersuchung ergeben, daß Raute überhaupt nicht in öffentlicher Versammlung aufgetreten ist, wohl aber, daß der Oberkommandierende der Reichswehr den Landrat in der unverkennbarsten Weise ignoriert hat. Raute hat in einer geschlossenen Funktionärskonferenz ausdrücklich ermahnt, trotz des Rückens der Reichswehr ruhig zu bleiben.

Ebenso täglich rief die Anklage der Rechten gegen Höfing wegen des angeblichen rechtswidrigen „Amnestieerlasses“ in nichts. Durch die Vernehmung Freytags stellte sich heraus, daß Leutnant Volke, als er in Erleben Strafsfreiheit nach dem Entwaffnungsgesetz für Abgabe der Waffen zusicherte, als Beauftragter des Regierungspräsidenten v. Gersdorff gehandelt hat, der seinerseits dem Reichsentsammlungskommissar unterstand. Letzterer hatte am Sonnabend als Zeuge ausdrücklich betont, daß er und seine Substituten das Recht zu solchen Verprechungen gehabt haben.

Ganz wehleidig aber wurde den Herren der Rechten zumute, als der Fall der Magdeburger Spitzelzentrale am Schluß der Sitzung durch die Vernehmung des Leutnants Braunsdorf zur Sprache kam. Der Zeuge schilderte, wie man ihn erst unter Berufung auf seine Disziplinarverpflichtung veranlassen wollte, die ihm anbefohlene Hausdurchsuchung zu unterlassen. Als er trotzdem seiner Pflicht nachkam, und hierbei das Original jener monstrosen Fälschung an g entdeckte, die eine rote Armee von 500 000 Mann (!) zusammenfabelte, habe der Lehrer Zieselnich diesen und ähnlichen Schwindel damit entschuldigt, daß es doch „im vaterländischen Interesse“ geschehen sei. Noch toller erging es dem Zeugen in Halle, wo er im Auftrag des Reichskommissars eine Kiste mit Dokumenten beschlagnahmte, die einem Leutnant Eger gehörte, der sie in einem verschlossenen Raum der Kaserne verwahrt hatte. Der Kommandeur der Kaserne behauptete zunächst, einen Leutnant Eger nicht zu kennen, was eine Lüge war, denn Eger war als Gerichtsbeamter in der Kaserne tätig. Dann verweigerte er dem Zeugen den Eintritt in die Kaserne mit der Begründung, daß in Reichswehresachen nur die Reichswehr selber ein Untersuchungsrecht habe. Der Zeuge machte ihn darauf aufmerksam, daß dann auch die Reichswehr dafür habe, daß die Kiste nicht abhanden käme. Die Folge war, daß bereits in der Nacht darauf die Kiste aus dem verschlossenen Zimmer verschwand und im Offizierskasino versteckt wurde, wo sie später ein Kriminalbeamter fand.

Der von der Rechten erzwungene Untersuchungsausschuß wächelt immer mehr zu einer Riesensblamage herer aus, die seine Einsetzung gefordert haben.

### Bekanntnisse einer schönen Monarchistenseele.

Der „Neuen Schweizer Ztg.“ wird aus München über die bayerische Königspartei geschrieben: Ein gewisser Wiborg betreibt seit kurzem die Propaganda für die Partei und den in Gelbnöten befindlichen „Königsboten“, ihr Organ. Nicht uninteressant ist es, daß Wiborg vor einigen Tagen in einer Versammlung von Vertrauensleuten der bayerischen Königspartei unter anderem Kahr, Escherich und den bayerischen Justizminister beschuldigte, das Land an Preußen verraten zu haben. Er führte aus, daß man in riesigen Mengen Waffen zur Verfügung habe, die dank der Escherichschen Paraden jetzt zum Teil abgeliefert seien, daß aber noch viel vergraben liege. Er sagte die Politik der Partei in die Forderung zusammen: „Los von Preußen und Anschluß an Frankreich!“ Er behauptete, daß der zukünftige König von Bayern, Prinz Rupprecht, für alles einstehe, und hatte die Kindlichkeit, die Versammlung zu bitten, das vertraulich zu behandeln. Verbrecherisch wurde die Rede erst, als Wiborg sagte: „Sobald wir einen König haben, werden die Lebensmittel um 50 Prozent billiger, ebenso die Kohle um 30 Prozent. Butter wird zu billigen Preisen auf den Markt kommen.“ Dann forderte er die Anwesenden auf, Bestellscheine auf den „Königsboten“ mit den Namen angesehener Bürger zu fälschen, um andere Bürger zum Abonnement zu verleiten. Er versicherte die Versammlung, daß Bayern von Frankreich alles haben könne, Kohle und Geld, wenn es nur gelinge, einen Keil in die preußische Politik zu treiben.

### Die Memminger Krawalle vor dem Volksgesicht.

Ein Kulturbild aus Bayern. Die alte Reichsstadt Memmingen im Allgäu war am 6. August Schauplatz schwerer Ausschreitungen. Wegen Landfriedensbruchs werden sich daher am 14. September vor dem Volksgesicht in Memmingen außer dem Haupttrübselstifter, dem praktischen Arzt Dr. Sciusius, elf weitere Angeklagte zu verantworten haben. Als Zeugen dürften gegen 30 Personen vernommen werden. Für die Verhandlungen sind 4 Tage in Aussicht genommen. Das Volksgesicht tagt unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Unold. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Seit langem benutzte der Führer der deutschvölkischen Bewegung in Memmingen, Dr. Sciusius, die durch die Teuerung und die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse herrschende Unzufriedenheit dazu, die Massen gegen die jüdischen Bewohner Memmingens, auch gegen diejenigen, die mit Lebensmitteln nicht das Mindeste zu tun haben, aufzureizen. Dr. Sciusius trat zunächst an die christlichen Gewerkschaften heran, um sie für eine Demonstration gegen den bei der Butterzurückhaltung verdächtigen Riesenhändler Wilhelm Rosenbaum zu gewinnen. Als die christlichen Gewerkschaften ablehnten, wandte er sich mit besserem Erfolg an die Kommunisten, die sich für die Pläne des Herrn Dr. Sciusius gebrauchten ließen. Am Sonnabend dem 6. August wurde vor der Wohnung Rosenbaums eine Demonstration veranstaltet. Dr. Sciusius beobachtete, nachdem er alle Vorbereitungen für die Demonstration getroffen hatte, vom Fenster eines Nachbarhauses aus die Vorgänge. Die Polizei, die dem Ansturm der Massen ohnmächtig gegenüberstand, machte den Vorschlag, eine mehrtägige Kommission in die Villa Rosenbaums zu senden, um mit diesem zu verhandeln. Rosenbaum willigte ein, seine sämtlichen Räder einzuladen und seinen ganzen Einfluß auszuüben, daß die Milch in der Stadt verbilligt werde. Die Kommission versprach, die Massen-

vor der Villa in diesem Sinne aufzuklären. Bevor sich die Kommission aus der Villa entfernte, verlangte ein Kommunist, Rosenbaum solle eine halbe Million an die Armentafel der Stadt abliefern, da er mit seinen großen Kriegsgewinnen das Geld leicht entbehren könne. Rosenbaum weigerte sich. Als die Mitglieder der Kommission das Ergebnis der Verhandlung mitteilten, wurden sie niedergedrückt. Die Menge rief, Rosenbaum müsse herausgeholt werden. Als die telephonische Meldung eintraf, der Staatsanwalt habe die Verhaftung Rosenbaums angeordnet, schrien die Leute erst recht: „Raus muß er!“ Da erschien der Führer der kommunistischen Partei, Stadtrat Mohrin, und rief: „Ich werde ihn euch herausholen! Dann könnt ihr ihn anspudden.“ Rosenbaum wurde herausgeholt. Auf dem Weg vom Marktplatz zum Gefängnis mußten die Schutzleute alles aufbiehen, damit Rosenbaum nicht erschlagen wurde. Nach der Einlieferung Rosenbaums begaben sich viele Demonstranten in drohender Haltung zu anderen jüdischen Geschäftsleuten. Die Unruhen dauerten die ganze Nacht.

Die Anklage stellt fest, daß nach Aussage des Stadtrates Mayrock, des Führers der christlichen Gewerkschaften, Dr. Sciusius diesen am 5. August zu sich rufen ließ, um ihn zum Vorgehen gegen die Juden zu veranlassen. Stadtrat Mayrock lehnte ab, weil Sciusius als der größte Judenfeind bekannt sei und warnte vor dem ganzen Unternehmen. Nun schickte Sciusius zu dem Kommunisten Beazmauer. Dieser ließ sich beeinflussen und war einer der ersten, die vor der Villa Rosenbaums eintrafen. Auch in dem Umkreis von Memmingen war Dr. Sciusius in den Tagen vor dem Krawall, um die Arbeiter gegen die Memminger Juden aufzubekken.

Daß die Krawalle vom 6. August sich nicht erneuten, ist nur dem Umstände zuzuschreiben, daß man sich bei der Konferenz am 7. August zwischen Seil und den Kommunisten über die Aufstellung der Liste über die Personen und Geschäfte, gegen die vorgegangen werden sollte, nicht einigen konnte, da die Kommunisten alle Kriegsgewinnler, ob Jude oder Christ, auf die Liste setzen wollten.

### Beschlüsse des demokratischen Parteivorstandes.

Berlin, 13. September. Der Vorstand der deutschen demokratischen Partei hat am Sonntag die politische Lage einer eingehenden Besprechung unterzogen. Aus den Beschlüssen sei u. a. das Folgende hervorgehoben: Der Parteivorstand billigt die Erlasse und Verordnungen der Reichsregierung und erwartet von ihr, daß sie ihren Willen auch der bayerischen Regierung gegenüber durchsetzt. Zur Koalitionsgemeinschaft kann die allerdings notwendige Erklärung einer Partei genügen, die Weimarer Reichsverfassung als Rechtsgrundlage erachten zu wollen und bereit zu sein, jede gewalttätige Aenderung der Verfassungsrechtlichen Zustände durch die Machtmittel des Staates zu bekämpfen. Das gilt für jede Partei, also auch ebenso für die Deutsche Volkspartei wie für die unabhängige Sozialdemokratie.

### Schwarz-weiß-rote Vornehmheit.

Die Rechtsparteien behaupten ständig, daß Ausschreitungen im politischen Kampfe nur gegen sie verübt werden. Zwei Ereignisse, die sich in der letzten Zeit in Kiel und in Jelle zutrugen, beweisen, daß die Anschuldigungen der deutschnationalen nicht weit her sind, und der deutschnationale Anhang weniger vornehm bei der Auswahl der Waffen im Kampf gegen die Republik handelt. Anlässlich der Kieler Woche waren zur Begrüßung der ausländischen Gäste neben der preußischen und anderen Fahnen auch 18 große Fahnen mit den Reichsstarben auf dem Marktplatz von der Stadtbehörde aufgestellt worden. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zerstörten deutschnationale Antikemiter die Fahnen der Republik restlos, während die anderen Fahnen unverletzt blieben. In Jelle bei Hannover, wo der kommunistische Rechtsanwalt Segewisch ein eigenes Haus besitzt, beschmückten deutschnationale Schmierfinken in der Nacht zum 2. September, also am Sedanfest, den Gartenzworn und die Eingänge von oben bis unten mit schwarz-weiß-roten Farben. Desgleichen wurde der Bürgerfestsaal gänzlich verunreinigt. Diese Feststellungen geben den deutschnationalen Anschuldslämmern allen Anlaß, sich weniger auf das hohe Ross zu setzen und den Entwürfen bei anderen Anlässen zu spielen.

### Deutschland in amerikanischem Urteil.

Ein Mitarbeiter, der Gelegenheit zu eingehenden Unterredungen mit einem in Deutschland weilenden amerikanischen Industriellen hatte, schreibt der N.Z. darüber: Der Amerikaner, der übrigens deutschen Stammes ist, hält sich seit Ende Juli im Auftrage eines amerikanischen Automobiltrustes in Deutschland auf und hat in dieser Zeit einen großen Teil des Reiches bereist und zahlreiche Unternehmungen besichtigt. Gerade weil er sich selbst als Nichtpolitiker bekennet, weil er die Dinge nur mit den nüchternen Augen des Geschäftsmannes betrachtet, sind seine Urteile für uns in der gegenwärtigen Lage besonders interessant. Seine erste Feststellung ist zudem für Deutschland, insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft und die Republik, höchst ehrenvoll. „Mein wichtigster Eindruck ist eine außerordentliche Ueberraschung. Man stellt sich bei uns drüben immer noch vor, daß in Deutschland mehr oder minder chaotische Zustände herrschen. Statt dessen sehen wir die Betriebe in Ordnung, es wird überall gearbeitet, es wird sogar sehr fleißig gearbeitet, die Züge fahren pünktlich, und man sieht, daß es mit der Republik mindestens ebenso gut geht, wie mit dem Kaiserreich. Das wird sicher auf alle meine Landsleute einen guten Eindruck machen und kann zur Besserung der Beziehungen nur beitragen. Im übrigen ist es ein Unglück, wenn von feindsüchtiger Stimmung in Amerika gegen Euch gesprochen wird. Der Amerikaner steht Deutschland weder feindlich noch freundlich gegenüber, sondern gleichgültig und kennt keinen anderen Wunsch, als völlig los zu kommen von dem europäischen Wirrwarr. Daß wir in den Krieg eingetreten sind, scheint dieser Meinung zu widersprechen. Man darf aber nicht vergessen, daß Blut doch eben dicker als Wasser ist und daß wir mit England durch Sprache und Kultur viel zu eng ver wachsen sind, als daß wir ruhig zusehen hätten, wie Ihr England zu Boden bogt. Aber nachdem diese Gefahr beseitigt ist, hat Amerika nur den einen Wunsch, daß endlich einmal Friede-

den wird und daß auch die beiden so begabten Nachbarn, Deutschland und Frankreich endlich sich miteinander vertragen. Man hat freilich drüben das Gefühl, daß der Versailler Vertrag voll von Ungerechtigkeiten und Unbilligkeiten ist, daß er manchen Keim zu neuen Kriegen birgt und man will deshalb nichts von ihm wissen.

Ihr müßt ja vorläufig mit diesem Frieden leben, aber man vertraut darauf, daß Ihr in die Höhe kommen werdet. Ihr müßt nur aufhören, auf die Vergangenheit oder selbst auf die Gegenwart zu blicken und nur, wie wir Amerikaner, vorwärts sehen. Das ist gewiß schwer und wird Euch vielleicht durch die anderen Völker, in erster Linie durch Frankreich, noch besonders schwer gemacht. Aber Deutschland muß eben daran denken, daß solche Entwicklungen sich nicht von heute auf morgen vollziehen. Auch Frankreich wird und muß lernen, zu vergehen und sich mit seinem Nachbar zu vertragen. England und wir werden ihm das so oft predigen, daß die Vernunft doch siegen wird.

Denn schließlich habt Ihr in Deutschland 60 Millionen Köpfe und 120 Millionen Hände, die man Euch nicht nehmen kann. Es gibt Arbeiten, die überhaupt nur der deutsche Arbeiter ausführen kann. Wie sehr gewisse deutsche Erzeugnisse nicht zu ersetzen sind, das erleben wir bereits drüben. Während des Kriegs hat Japan die Spielwarenfabrikation aufgenommen und die deutschen Spielwaren zu ersetzen versucht. Heute ist Japan schon wieder völlig in den Hintergrund gedrängt und jeder Mensch drüben kauft nur deutsche Spielwaren, obwohl sie sehr beträchtlich teurer sind. Sonst kann Deutschland ja allerdings noch nicht viel liefern und die Handelsbeziehungen werden sich nur langsam anknüpfen lassen. Vielleicht gibt es aber doch eine Möglichkeit, deutsche Arbeit und amerikanisches Kapital für beide Länder nutzbringend zusammenzubringen. Ich bin selbst hergekommen mit der Absicht, die Frage zu prüfen, ob wir hier Fabriken für Veredelungsverfahren einrichten können. Die Automobilindustrie wird die Rohstoffe, soweit sie hier nicht vorhanden sind, herein bringen und die fertigen Erzeugnisse nach Amerika zurückführen. Wenn meine Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis kommen, werden wir zunächst einmal 3-4000 deutschen Arbeiter Brot geben können, und die Entwicklungsmöglichkeiten des ganzen Systems sind natürlich nicht zu übersehen.

Schließlich ist doch das Wichtigste für Deutschland, daß seine Massen Arbeit haben. Ihr laßt ja ein bißchen viel und denkt immer, daß es Euch am schlechtesten geht. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Steuern. Es heißt immer, daß wir drüben im Gelde schwimmen, und wenn bei Euch der Dollar mal auf 100 Mk. steigt, hattet Ihr uns Amerikaner für höchst beneidenswert. In der Tat geht es unsere Industrie sehr schlecht und die Zahl der Arbeitslosen schwankt zwischen 5 und 6 Millionen. Die Steuerlast aber ist gewiß nicht geringer, als in Deutschland. Einkommen bis 1000 Dollar für Unverheiratete, bis 2000 für Verheiratete sind frei, bis 5000 Dollar werden 4 Prozent bezahlt, dann steigt die Steuer stufenweise bis auf 65 Prozent. Wer 500 000 Dollar einnimmt, muß davon 325 000 abgeben. Das ist aber nur die Reichsteuer. Dazu kommen die provincialen und kommunalen Steuern, die eine Gesamtbelastung bis zu 77 Prozent ergeben. Die Durchführung dieser Steuergesetze ist freilich bei uns eine viel energiegeladere als in Deutschland.

Es ist leicht verständlich, daß unsere Gespräche auch einmal die Frage erörterten, wie die feindselige Stimmung der Welt gegen uns zu beseitigen wäre. Der Amerikaner meinte: „Die Behauptung, daß nur die sogenannte Fehpropaganda diese Stimmung erzeugt habe, ist nicht richtig. Gewiß hat sie dazu beigetragen. Aber ausschlaggebend war ein ganz anderer Faktor. Man hat Deutschland als das Heimatland und die Hauptbrutstätte des Antijemitismus betrachtet. Es gibt auch in Amerika Antijemitismus, aber er bleibt auf das gesellschaftliche Gebiet beschränkt und wird öffentlich kaum fühlbar. Und wenn die Entente trotz alledem mit Rußland zusammen ging, so sah man die Dinge bei diesem halbasiatischen Barbarenvolk natürlich anders an, als bei einem so hoch entwickelten, durchaus europäischen Volk wie dem deutschen. Nichts hat Deutschland mehr geschadet, als dieser widerwärtige Unfug der Rassenhege. Bedauerlicherweise scheint er auch in der Republik noch zu blühen und man hat mir gesagt, daß besonders in Bayern die Judenhege öffentlich weiter betrieben werde. Ich werde noch hinschreiben, um mir selbst ein Bild davon zu schaffen. Aber eines möchte ich gleich sagen: Im nächsten Jahre kommen Tausende meiner Landsleute zu den Passionspielen herüber. Tritt ihnen wirklich in Bayern dann ein solcher Eindruck entgegen, wie man ihn mir geschildert hat, so wird Deutschland im nächsten Sommer den Krieg zum zweitenmal verlieren.“

### Devisen-Kurse.

Berlin, 14. September.  
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		14. Sept.	13. Sept.
Amsterdam	100 fl.	3439.05	3326.65
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	766.70	764.20
Kristiania	100 Kr.	1408.55	1368.60
Kopenhagen	100 Kr.	1935.05	1880.60
Stockholm	100 Kr.	2367.60	2292.70
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.85	129.60
Rom	100 Lire	469.50	457.—
London	1 £	408.05	402.05
New York	1 Doll.	169.64	168.89
Paris	100 Frs.	779.20	776.70
Zürich	100 Frs.	1893.10	1858.40
Madrid	100 Pesetas	1418.55	1398.60
Wien	100 K.	10.18	10.08
Budapest	100 K.	21.97	22.37
Prag	100 K.	132.85	124.85

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 14. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Jahrzeit
D.	Diamanten	Grumburg	Kolding	1	
D.	Erabemünde	Garber	von See	12	

Angelommen am 15. September 1921.

D.	Deim Dahl	Arnoldson	Kolding	1	
D.	Mickel	Riehl	Flensburg	1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interesseeinrich Feinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

**Empfehle:**  
 la. Weizengrieß . . . % M. 2.—  
 Reismehl . . . . . 3.10  
 Reis, ganz . . . . . 3.75  
 Dieß, gelbe Erbsen . . . 8.—  
 Grüne Erbsen . . . . . 2.40  
 Gerstgrütze . . . . . 3.20  
 Graupen . . . . . 3.20  
 Kernseife, Doppelpiegel 2.95  
 Fußbodenglanzöl . . . 12.50

**Paul Mirow**  
 Brandenbaumer Landstraße 1

**Leinwand**  
 ist in kurzer Zeit abheilt.  
 Kostent. Auskunft. Sprech-  
 zeit 10—2 Uhr. Für schriftl.  
 Auskunft ist 1 Mt. für Porto  
 u. Auslagen beizulegen.  
**J. H. H. Dörkop**, (6495)  
 Lübeck, Untertrave 62 I.

**Alle Arbeiter**  
 kaufen gern und gut  
 ihre Arbeitskleidung  
 bei (6474)  
**Otto Albers**  
 Markt 4, Kohlm. 10  
 Mgl. d. A.-Spart. Cubeca

**Metalle !!**  
 Eisen, Lumpen, Aktien, Papier  
 usw. kaufen zu höchst. Preisen  
**Erdmann & Scheuermann**,  
 (6480) Glockengießerstr. 61.

**Empfehle:** (6493)  
 Prima Schienl., frisch u. gut,  
 Schweinefleisch, Sammel- u.  
 Kalbfleisch.  
 Pa. die. fett. Speck 2 18.—  
 heiligen Speck 22.—  
 weiß. Schmalz 16.—  
 gefeich. Butter 12.—  
 fett. Talg 11.—  
 geräucherter Mettwurst  
 Geberwurst  
 Thüringer Mettwurst  
 auch für Wiederverkäufer.  
 tägl. frische Suppentrocken  
**Otto Reining**  
 Schlachterei u. Wurstfabrik  
 Lübeck-Strobelstraße  
 Tel. 1501

**Das Angebot dieser Woche!**

Neu eingetroffen: (6485)

**Reinwollene Flauschmäntel**

aus hübschen einfarbigen und gemusterten Stoffen. Raglan-Schnitt mit Gurt und versellbaren Kragen

Serie I	Serie II	Serie III
295 <sup>00</sup>	395 <sup>00</sup>	585 <sup>00</sup>

H.-Normal-Hemden in guten tragfähigen Qualitäten, Vorderschluß, Gr. 4, 5 34<sup>50</sup>

H.-Normal-Hemden wollgemischte Qual., tadellose Verarb., Gr. 4—6 54.50 51.50 48<sup>50</sup>

H.-Normal-Hemden extra prima, unverwüstlich im Tragen, Gr. 5 u. 6 . . . 54.80 52<sup>50</sup>

H.-Normal-Hosen Partieware in verschiedenen Größen, so lange Vorrat . . . 29<sup>50</sup>

Gestr. H.-Unterhosen prima Qualität, nahtlos, Größe 4—6 48.50 42.50 36<sup>50</sup>

Graue Trikot-U.-Hosen in hell u. dunkelfarbig, Reichsware, Gr. 4—6 9.50 6<sup>95</sup>

Woll-Sweater für Knaben und Mädchen, in vielen Farben m. Aufschlägen 49.50 43.25 36<sup>90</sup>

Woll-Sweater mit farb. Klappkragen in prima Qualitäten, Gr. 1—5 . . . 54.50 48.00 45<sup>90</sup>

Herren-Socken schwere wollene Qualität, handgestrickt, in grau . . . Paar 6<sup>95</sup>

Herren-Socken mit verstärkter Spitze und Ferse, angenehm im Tragen . . . Paar 7<sup>95</sup>

Herren-Socken in schwarz, reinwollene Qualität, in allen Größen . . . . . 13<sup>85</sup>

Kinder-Strümpfe schwarz, baumwollene Qualität, Größe 3—9 . . . 9.20 7.90 6.70 4<sup>75</sup>

Kinder-Strümpfe reine Wolle, Größe 3—10 26.40 23.75 20.70 19.30 16<sup>00</sup>

Damen-Strümpfe Reichsware, in schwarz, gute haltbare Qualität . . . . . 5<sup>90</sup>

**Hans Struve** Lübeck  
 Königsstr. 87—89, Ecke Walmstr.  
 Rendsburg — Neumünster — Itzehoe

**Sozialdemokratischer Verein Lübeck.**

Freitag, 16. September, abends 7 1/2 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus

**Außerordentliche Mitgliederversammlung.**

- Tagesordnung: (6488)
1. Bericht der Bürgerchaftsfraktion.  
Redner Gen. A. Haut.
  2. Aussprache.
  3. Aufstellung der Kandidaten zur Bürgerchaft.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet  
 Der Vorstand.
- Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

**Schwartau u. Umgegend.**  
 Den Einwohnern gebe ich hiermit bekannt, daß ich die Gastwirtschaft  
**„Zum Riesebusch“**  
 übernommen habe. Von dem Bestreben geleitet, meinen Gästen den Aufenthalt bei mir angenehm zu gestalten, bitte ich, das meinem Vorgänger erwiesene Wohlwollen auch auf mich zu übertragen. Zum  
**Eröffnungs-Ball**  
 am Sonntag, 18. September, abends 6 Uhr  
 ladet herzlich ein (6511) **Paul Zeidler.**

**Palast-Theater Bad Schwartau**  
 Lübecker Str. 68.  
 Einem geehrten Publikum von Bad Schwartau und Umgegend zur gefl. Mitteilung, daß ich am **23. September ds. Js.** in dem von mir erworbenen Grundstücke (früher Hotel Kronprinz) unter obiger Bezeichnung ein  
**Lichtspiel-Theater**  
 in großstädtischer und modernster Weise eröffnen werde (6487)  
**G. F. Evers.**

**Theater-Verein Einigkeit.**  
**Gr. Theater-Abend**  
 am Freitag, 16. Sept. im  
**Konzerthaus Flora.**  
 Zur Aufführung gelangt:  
**Der Wilderer.**  
 Drama in 5 Akten.  
 Aufführung 6 1/2 Uhr.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 1. Platz: Erwachsene 8.50  
 2. Platz: Erwachsene 2.40  
 3. Platz: Erwachsene 1.80  
 4. Platz: Kinder 1.80  
 5. Platz: Kinder 1.80  
 Karten sind bei Friseur Koch, Marktstr. 6, sämtl. Mitgliedern u. abends a. d. Kasse zu haben. (6514)

**Waldschlöbchen.**  
 Bad Schwartau.  
 Freitag, d. 16. September, abends 8 Uhr.  
**Doppel-Künstler-Konzert**  
 Quartett Böck Trio Webers (Weberus, d. Stimmungs-fanonen u. Timmerd. Str.)  
 Sonnabend, den 17. Sept., abends 8 Uhr, (6481)  
**Künstler-Konzert Webers**  
 anschließend  
**Reunion.**

**HANSA-THEATER**

Heute Donnerstag 8 Uhr  
 Abschieds-Vorstellung des  
 großartigen Varieté-Spiel-  
 plans und letzte Auftreten  
 von (6482)  
**Fregolina**  
 Sonntag, den 18. Septbr.  
 7 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr.  
 Beginn der Operetten-Spielzeit.  
 Zum ersten Male!  
**„Wenn Liebe erwacht“**  
 Operette in 3 Akten  
 von Eouard Rinnete.

**Stadttheater Lübeck.**  
 Donnerstag, 15. Sep. 7.30 U.  
**Bund der Jugend.**  
 5. Ab. Vorst. Buchst. A.  
 Freitag, 16. Sept. 7.30 Uhr.  
**Die Bauerflöte.**  
 5. Ab. Vorst. Buchst. A.  
 Sonnab., 17. Sept. 7.30 U.  
 Gastspiel Kammerlänger  
**Richard Tauber** als  
 Wilhelm Meister in  
**Mignon.**  
 3. Vorst. im Sonnabend-  
 Abonn. (Sonntagspreise).  
 Sonntag, 18. Sept. 7.30 U.  
 Gastspiel Kammerlänger  
**R. Tauber** als Alfred in  
**Traviata.**

Sonntag, 18. Sept. 2 Uhr.  
 3. Vorst. für den Arb.  
 Bildungsverein  
**Schrodes u. Mariann.**  
 Karten a. d. Theaterkasse.  
**Kammerspiele des Stadttheater.**  
 Fünfsaufen 17/19. (6491)  
 Freitag, 16. Sept. 7.30 Uhr.  
**Der lächelnde Knabe.**  
 Sonnab., 17. Sept. 7.30 U.  
**Maria.**  
 Sonntag, 18. Sept., 7.30 U.  
**Der lächelnde Knabe.**

**Luisenlust. Mittwochs Tanz**  
 Damen Eintritt frei. (6478)

Nur ganz kurze Zeit!  
**Hagenbeck**  
 Lübeck — Auf dem Burgfeld.  
 Allabendlich 1/8 Uhr  
 Der unvergleichliche  
**Hagenbeck-Spielplan**  
 mit den Rekorddarbietungen modernster Raub-  
 tierdressuren und auserlesenster Zirkuskunst.  
 Samstag u. Sonntag je  
**2 Vorstellungen**  
 nachm. 3 u. abds. 1/8 U.  
 Nachmittags zahlen bei  
 vollständ. ungekürztem  
 Abendprogr. Kinder  
**halbe Preise.**  
 Vorverkauf: täglich ab 9 Uhr vormittags un-  
 unterbrochen an den Kassenwagen sowie  
 Zigarren-Spezialhaus Dresden, Holstenstr. 6.  
 Fernruf 8279. (6499)

**Arbeiter - Erntebier**  
 Sonnabend, den 17. September,  
**„Gesellschaftshaus Woltersdorf“.**  
 Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 (6497) **W. Dencker u. G. Görtz.**

**Stadtbibliothek.**  
 Die allgemeine Revision (Benutzungs-  
 ordnung § 19) findet vom 19. bis 24.  
 September statt. Alle Bücher, deren  
 Leihfrist abgelaufen ist, sind in die-  
 ser Zeit in der Ausleihe vorzuzeigen.  
 Der Direktor der Stadtbibliothek.  
 (6502)

**Jetzt kaufen Sie billig!**  
 Heizende Neuheiten in  
 Damen-Kostümen, Mäntel, Blusen, Unter-  
 reizende Mädchen- und Kind-Konfektion.  
 Hecke Herren-Anzüge, blau und farbig,  
 425.—, 750.—, 975.—  
 Knaben-Anzüge 78.—, 150.—, 200.—  
 Bodenjoppen 158.—, 188.— bis 450.—  
 Große Auswahl in Mäntel und Schürzer.  
 Blaue Joden 32.—, 38.—  
 Blaue Hosen 41.—  
 Färbung-Hosen 53.—, 63.—  
 Manchesterhosen 135.—, 153.—, 195.—  
 Unsere reellen Karze Arbeits-Säfel  
 sind weit bekannt.  
 für Herren 148.—, 165.—, 195.—  
 Knaben 27—30 Mt. 25.—, 31—35 Mt. 29.—  
 Schaffmöbel 209.—, 220.—  
 1 Beizen Damen-Halbhaube . . . . . nur 100.—  
**Ehlers & Reetwisch**  
 Gde Hoffenstr. 51. Betz 2 und 4.  
 Bekannt reelles Geschäftsgut. (6501)



**Selbst bei Regen**  
 wasserdichte und doch blanke Stiefel  
 bei Verwendung **Lavalin**  
 von  
 Mühelos putzend wie 1914  
 Überall zu haben.  
 Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hamn-Riddingen

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**  
 Telephon 798. **Moltkestraße 1.** (6479)

**Wir bieten an:**  
 Hemdenstücke . . . Meter 13.50, 13.50 **9<sup>50</sup>**  
 Kessel (Stouts) . . . Meter 11.90, 9.80. **9<sup>50</sup>**  
 Bettbezüge, weiß, 6 Mtr., 99, 87. **63<sup>00</sup>**  
 Bettbezüge, farbig, 6 Mtr. 108, 99. **96<sup>00</sup>**  
 Damastbez., 140 cm br., 4 m, 108, 90. **172<sup>00</sup>**  
 Bettlaken, 2 Mtr. . . 84.—, 64.—. **59<sup>00</sup>**  
 Inlett, volle Bettbreite, Mtr. 55, 52. **49<sup>50</sup>**  
 Herren-Normalhemden 44.—, 41.—. **38<sup>00</sup>**  
 Beachten Sie bitte unser Schaufenster!  
**Walter Griephan & Co.**  
 Lübeck, Marktstr. 74. (6500)

**Johann Möllers Fleischquelle Huxstr. 13**  
 empfiehlt von 10 fetten Dingen:  
**Odosenfleisch Mk. 5.50**  
**Odosenbraten Mk. 6.50**  
 Schaefer's Pfd. 8.00 Schweinefleisch Pfd. 17.00  
 Beefsteak 16.00 Karbonade 18.00  
 Rostfleisch 10.00 Schweinekopfe 6.00  
 Hammelfleisch 8.00 Keule 9.00  
 Große Schweine, Kinder, Hammel, Fernruf 8544. (6499)

## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 15. September.

**Achtung, organisierte Arbeiter!** Die Elektro-Monteur und Helfer der elektrotechnischen Installationsfirmen Lübecks befinden sich seit heute im Streik. Wir bitten die gesamte Arbeiterschaft um Unterstützung. Eingehender Bericht folgt.

Die Streikleitung. J. A. — z.

**Achtung! Vorstand, Obleute und Vertrauensleute der A.S.B.** Heute, Donnerstag abend 8 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen unbedingt erforderlich.

### Eingemeindung von Schönböden und Wesloe

wird in einem Senatsantrag an die Bürgererschaft gefordert. Nach dem vorgeschlagenen Gesetz bildet der bisherige Gemeindebezirk von Schönböden hinfällig den Stadtteil Schönböden und der bisherige Gemeindebezirk von Wesloe den Stadtteil Wesloe. Auf das Eingemeindungsgebiet soll das Gesetz über die Grundsteuer insofern Anwendung finden, als diese nur in Höhe von 25 v. H. der Steuerhöhe erhoben wird. Die Verordnung vom 10. 3. 84 über den Schlachtwang in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten, sowie diejenige über die Einbürgerung und den Verkauf auswärts geschlachteten frischen Fleisches finden auf das Eingemeindungsgebiet keine Anwendung. Ein anderer Paragraph sieht vor, daß die Wege vor der Übernahme durch die Baubehörde durch die zuständige Begegemeinde in ordnungsmäßigem Zustand zu verbleiben. Bis zur Herstellung dieses Zustandes bleiben die Mitglieder der Begegemeinden Schönböden und Wesloe zu den ihnen nach der Wegeordnung obliegenden Leistungen verpflichtet. Der § 7 des Gesetzes vom 16. 6. 79, die Strafbefugnisse der Polizei- und Verwaltungsbehörden des Staates und der Stadtgemeinde Lübeck, sowie das Verfahren vor denselben und die Befugnisse in Verwaltungssachen findet Anwendung. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1921 in Kraft treten.

Das Stadt- und Landamt hat einen längeren Bericht beigefügt, in dem darauf hingewiesen wird, daß sich der ländliche Charakter dieser Bezirke verändert habe. Die Besiedelung ist fortgeschritten, damit hat die Bevölkerungsdichte zugenommen und zugleich die Zusammenlegung der Einwohnerschaft sich verschoben, ihre Ansprüche sind teilweise andere geworden, der Verkehr hat größeren Umfang und andere Richtung gewonnen — kurz, der ländliche Charakter beginnt in diesen Gebieten mehr und mehr städtischen Einflüssen zu weichen. Diese Entwicklung erschwert natürlich in steigendem Maße die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten nach Maßgabe der Landgemeindeordnung durch den ehrenamtlich tätigen Gemeindevorstand und läßt überhaupt in mancherlei Beziehung die Beurteilung und Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten im Sinne der Landgemeindeverfassung unzulässig erscheinen. Mit einem Worte gesagt: Die Verhältnisse wachsen über den Rahmen einer Landgemeinde hinaus und nehmen städtischen Charakter an. Auch die Bevölkerung selbst ist von der Zweckmäßigkeit der Eingemeindung größtenteils schon jetzt überzeugt, wie eine Eingabe von 45 Schönböden- und 141 Wesloe-erwohnern erweist. Ferner liegt dem Stadt- und Landamt eine Eingabe des Gemeindevorstandes von Schönböden von Dezember 1920 vor, wonach die Bewohner des neu angekauften Teiles von Schönböden an der Lübeck-Steinrader Landstraße sich einstimmig für die Eingemeindung bekennen. Wie ein Blick auf die Karte zeigt, wird durch die Eingemeindung von Schönböden und Wesloe das Stadtgebiet im Nordwesten und Südosten abgerundet und bis zur Landesgrenze erweitert. Durch die Eingemeindung gewinnt die Stadt eine Bodenfläche von 685 Hektar (Schönböden) und 1441 Hektar (Wesloe), zusammen also 2126 Hektar, und eine Bevölkerungszunahme von 86 Haushaltungen mit 451 Seelen (Schönböden) und 58 Haushaltungen mit 241 Seelen (Wesloe), zusammen also von 692 Seelen — nach den letzten offiziellen Ziffern von Oktober 1919. Die einzelnen Wohnplätze (z. B. Padelügg, Roggenhorst, Steinraderhof, Brandenbaum, Hohewarte) werden im täglichen Verkehr und namentlich in postalfacher Beziehung ihre alte Bezeichnung beibehalten. Gegen die Zuteilung zu den inneren Vorstädten St.

Lorenz und St. Gertrud hat sich auch Baubehörde ausgesprochen, weil Forderungen des Straßenbaugesetzes für die inneren Vorstädte auf Schönböden und Wesloe nach Art und Lage dieser Orte berechtigterweise noch nicht ausgeübt werden können. Es ist auch die Frage geprüft worden, ob es nicht vielleicht vorzuziehen wäre, zunächst erst einen Teil der betreffenden Landgemeinden und den restlichen Teil, der zurzeit noch ländlichen Charakter aufweist, bis auf weiteres noch Landgebiet bleiben zu lassen. Dieser Gedanke hat sich jedoch als unbedingt unpraktisch, wenn nicht undurchführbar erwiesen.

Zum Gemeindebezirk Schönböden gehören Gut und Dorf Schönböden, Gut (und Dorf) Padelügg, Gehöft Hohenstege, Gut Roggenhorst, Gut Steinraderhof und das Gehöft Steinraderbaum. Im Laufe der letzten Zeit hat sich in Schönböden an der Lübeck-Steinrader Landstraße eine umfangreiche Siedelung entwickelt, die durchaus vorstädtischen Charakter trägt und nicht mehr in den Rahmen der Landgemeinde hineinpast. Die in der Hauptsache dem Arbeiterstande angehörende Bevölkerung dieses Gemeindefeldes hat mehrfach den lebhaftesten Wunsch nach Eingemeindung zu erkennen gegeben, weil sie sich in mehrfacher Hinsicht dadurch beeinträchtigt fühlt, daß sie der Gemeindeverwaltung nach Maßgabe der Landgemeindeordnung untersteht. Hinzukommt, daß kürzlich dem Steinraderhof ein großer Teil Landereien abgenommen ist, um den Gärtnern in Krepelsdorf, denen die Nachbänderen durch den Volkspark und Spielplatz genommen sind, zum Ausgleich überwiesen zu werden, während die Restlandereien des Steinraderhofes voraussichtlich in absehbarer Zeit werden aufgeteilt werden. Zum Gemeindebezirk Wesloe gehören Dorf Wesloe, Forstort Wesloe mit Alt-lauerhof, Hof Hohewarte, Gut Brandenbaum, die (ehemalige) Flegel Brandenbaum, und die Brandenbaumer Landstraße nebst den Bahnhofsgebäuden. Auch hier sind es die Siedlungen an der Brandenbaumer Landstraße, denen voraussichtlich in absehbarer Zeit noch weitere auf dem jetzigen Landgemeindefeld folgen werden, die einem nicht unwesentlichen Teil des bisher gar nicht oder landwirtschaftlich genutzten Geländes den Charakter der Siedlungsstadt verleihen. Da mit der Eingemeindung die Unterhaltungspflicht für die Wege, mit Ausnahme der Feld- und Fußwege, auf die Baubehörde übergeht, so entstehen hieraus für den Staat gewisse Kosten. Nach einer Aufstellung der Baubehörde können hierfür in Betracht: der Weg von der Lübeck-Steinrader Landstraße nach Schönböden, die Dorfstraße, sowie die Wege von Schönböden nach Steinrader, nach Roggenhorst und nach Padelügg. Die Unterhaltungskosten für diese Wege belaufen sich nach dem Kostenschätzungen der Baubehörde auf zusammen 3250 Mk. Bei Wesloe kommt in Betracht: der Weg von Wesloe nach Schlutup, von Wesloe nach Brandenbaum und von Wesloe nach Tannen nach Lübeck mit einem veranschlagten Rohmaterialaufwande von 2300 Mk. Bevor die Wegeunterhaltung von der Begegemeinde Wesloe auf die Baubehörde übergeht, muß die jetzt in schlechtem Zustand befindliche Fahrbahn des Weges von Lübeck nach Schlutup mit Grund neu beschüttet werden. Die hierfür aufzuwendenden einmaligen Kosten werden auf 22 500 Mk. geschätzt. — Was die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität angeht, so ist Schönböden einschließlich Roggenhorst, Steinraderhof und Padelügg an die Lübeckische Ueberlandzentrale angeschlossen und mit den übrigen angeschlossenen Landgemeinden im Ueberlandverband Lübeck vereinigt. Hieran wird durch die Eingemeindung im übrigen nichts geändert, nur tritt als Mitglied des Zweckverbandes an die Stelle der Landgemeinde die Stadtgemeinde Lübeck in gleicher Weise, wie es bisher schon hinsichtlich des Stadtteiles Gneersdorf der Fall ist. Ueber die politischen Verhältnisse ist auf Grund eines Berichtes des Polizeiamtes Folgendes zu sagen: Mit Rücksicht auf die große Entfernung von Lübeck wird es sich empfehlen, Schönböden, Roggenhorst, Steinraderhof und Steinraderbaum mit Krepelsdorf und Worfert, die bis jetzt keine besondere Meldestelle haben, zu einem Polizeibezirk zusammenzuschließen und für diesen Bezirk in Krepelsdorf eine Meldestelle zu errichten. Padelügg und Hohenstege dagegen würden der näher gelegenen Meldestelle Moisling angeschlossen sein. Wenn aber aus finanziellen oder anderen Gründen von der Errichtung einer Meldestelle in Krepelsdorf zunächst Abstand genommen werden soll, so könnten auch die Bewohner von Schönböden usw. hinsichtlich der Meldungen dem Einwohnermeldeamt zuteiligt werden. In solchem Falle könnte man es den Einwoh-

nern überlassen, ihre Meldungen bei den ihren Sicherheitsdienst wahrnehmenden Nachbarn gelegentlich ihrer Anwesenheit in dem betreffenden Orte zu machen. Die Zuteilung zum Einwohnermeldeamt Lübeck empfiehlt sich auch für Wesloe und würde den Wünschen der dortigen Bewohner mehr entsprechen als eine etwaige Angliederung an die Schlutup-Weilte. — Für das Feuerlöschwesen ist maßgebend die Verordnung betreffend das Feuerlöschwesen im lübeckischen Staatsgebiet vom 13. Februar 1915. Zurzeit bestehen in Schönböden und Wesloe freiwillige Feuerwehren. Wenn es auch an sich wünschenswert wäre, auch nach der Eingemeindung diese Feuerwehren unverändert zu erhalten, da hierdurch dem Staate vorläufig die geringsten Kosten entstehen, so liegt doch die Befürchtung nahe, daß die freiwilligen Feuerwehren nach der Eingemeindung nur schwer sich werden aufrecht erhalten lassen, da die Erfahrung gelehrt hat, daß sich in solchen Fällen die freiwilligen Feuerwehren bald auflösen. Nach der Eingemeindung wird deshalb in beiden Orten voraussichtlich eine Pflichtfeuerwehr eingerichtet werden müssen. Gegebenenfalls wird man in Zukunft ferner damit rechnen müssen, daß an die Mitglieder der Feuerwehren für die Übungszeit und bei Brandfällen Entschädigungen gezahlt werden müssen. — In den bestehenden kirchlichen Verhältnissen braucht mit Rücksicht auf die politische Eingemeindung von Schönböden und Wesloe an und für sich eine Änderung nicht herbeigeführt zu werden. — Was die Schulverhältnisse betrifft, so hat Schönböden keine eigene Schule. Die Kinder aus Wesloe einschließlich Hohewarte sind bereits in die städtische 2. St. Gertrudschule eingeschult, die Kinder von Brandenbaum gehen nach Herrnhutz. In dieser Beziehung bedarf es keiner Änderung. — Bezüglich des Standesamtes endlich gehört Schönböden schon jetzt zum Bezirk Lübeck I (Stadt und Vorstädte), während Wesloe bisher dem Bezirk IV (Schlutup) angehört. Dem Wunsch der Einwohner von Wesloe, gleichfalls zum Standesamt der Stadt Lübeck zugeteilt zu werden, wird durch entsprechende Änderung der Senatsverordnung vom 29. März 1913, betr. die Standesamtsbezirke, zu entsprechen sein. Die gleiche Umlegung empfiehlt sich für Hohenstege. — Ueber die finanzielle Seite der Eingemeindung läßt sich, wie die Dinge zur Zeit liegen, kaum ein zuverlässiges Bild geben. Kapitalvermögen besitzen beide Gemeinden nicht. Die Gemeinde Wesloe hat vielmehr von der Stadtkasse ein Darlehen für laufende Bedürfnisse erhalten im Betrage von 3400 Mk. Dieser Schuld steht jedoch der Anspruch aus dem Landessteuergesetz auf Erstattungen aus der Reichseinkommensteuer gegenüber, der zwar zurzeit ziffermäßig noch nicht feststeht, jedenfalls aber nicht geringer ist als jene Schuld. Einen entsprechenden Anspruch hat natürlich auch die Gemeinde Schönböden zu übertragen. An Grund-eigentum (öffentliche Wege und Gewässer) besitzt Schönböden 5 1/2 Hektar, Wesloe 3 Hektar. Schönböden hat ferner ein eigenes Spritzenhaus, während in Wesloe die Spritzen in Privatgebäuden untergebracht sind.

In laufenden Einnahmen würden der Stadt Lübeck ermahnen die Hundesteuer und die Vergütungssteuer, die aus beiden Bezirken aufkommen. Es sind keine erheblichen Beträge. Wegen der laufenden Ausgaben, die infolge der Eingemeindung der Stadtkasse bzw. Stadtkasse erwachsen, lassen sich einigermaßen verlässliche Ziffern nicht geben. Als besonders beachtlich sind nur anzuführen die Armenlasten und die Wegelasten. Die Armenlasten betragen in Schönböden im Durchschnitt der letzten 4 Jahre 244 Mk. (1920: 490 Mk.), Wesloe im Durchschnitt der letzten 4 Jahre 989 Mk. (1920: 2475 Mk.), also rund 3000 Mk. im letzten Jahre für beide Gemeinden zusammen. Die Wegelasten sind schätzungsweise angegeben auf 4450 Mk. für beide Gebiete zusammen. Im übrigen richten sich die Ausgaben nach den Aufwendungen, die durch Rat- und Bürgerschaft demnach für die neuen Vorstadtgebiete bewilligt werden. In dieser Beziehung haben also die gefehlgewendenden Körperschaften es selbst in der Hand, wie sie die Verhältnisse mit Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten gestalten wollen.

**Reichsnotopfer.** Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Nach der Verordnung vom 19. August 1921 über den Ausgleich von Härten bei Anwendung des § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer ist die Ermäßigung des steuerbaren Vermögens, sofern die Voraussetzungen dieser Vorschrift im übrigen vorlie-

## Der Arbeiter.

Eine Erzählung von Stijn Strenvels.

11. Fortsetzung.

„Wir sorgen dafür, daß heute abend etwas fertig ist,“ versprach sie. Aber Zoo schien keinen Wert darauf zu legen. Er sah nur so weiter, wie ein Verhungertes, ohne zu sprechen. „Nach nun nur etwas Kaffee,“ sagte er endlich. „Gleich kommen die Kameraden, und sie werden nicht gern lange warten wollen.“ Das sagte er, um sie nicht in dem Wahn zu lassen, daß er hier am häuslichen Herd seinen ersten Abend zubringen würde, wie sie zu meinen schien. Denn wie wohl es ihm auch tat, zu Haus zu sein, und wie behaglich er sich auch fühlte in dem engen Bezirk dieser kleinen Wohnkammer, in der verträumten Luft, die er ja früher schon geatmet hatte, mit dem wiederwachsenden Bewußtsein seines ausgefüllten Daseins, mit Weib und Kindern um ihn herum; — das wehmütige Gefühl war doch noch nicht verschwunden, das beim Abschied der Genossen entstanden war. Er vermied noch immer die Freunde, das laute Treiben und das Durcheinanderreden und das Plaudern über ihre gemeinsamen Erlebnisse. Er glaubte ein Recht darauf zu haben, und er versprach es sich als etwas Besonderes, am Abend noch einmal in fröhlicher Gesellschaft viel Bier zu trinken und Tabak zu rauchen und laut zu schreien und zu lachen. Es war ihm lästig, daß die Kinder so viel Mühe machten, und mehr noch, daß Manke sie so hart anstarrte und anfuhr, so oft sie etwas anfassten oder ihre Kleider schmutzig zu machen drohten. War das nun wohl der Mühe wert, und was sollten die Kinder sonst machen? „So, da sind sie!“ rief er. Da kamen Rylandt und Vervaeck schon.

Die beiden Männer merkten es gleich beim Hereinkommen und lächelten um so mehr, weil sie es zu Haus nicht so vorgefunden hatten. „Manke, es steht hier alles so neu aus, du hast ja geweißt und angefrischen...“ sagte Rylandt, der den Geruch von Strick und fetter Färbekampfen einzuschmecken schien. „Das habe ich meinem Mann zu Ehren getan!“ rief sie, und glücklich, daß sie es nun doch los werden konnte, fügte sie hinzu: „Und gestern lag alles noch da wie ein wahrhaftiger Teufel. Ich habe erst am Vormittag den Brief gekriegt, und ich mußte ins Dorf und war ganz allein, um alles zu machen.“ Was sie sich selbst versprochen hatte als die höchste Belohnung für ihre Anstrengung, das Aufhängen, und das Erzählen an Zoo, wie sie alles angefangen und eingeteilt hatte, um fertig zu werden und alles bis zu seiner Heimkehr aufs beste einzurichten, wie ihr eins nach dem andern eingefallen war, und wie sie nichts hatte versäumen wollen und lieber die ganze Nacht durchgearbeitet hatte, — die Freude, das alles zu erzählen, verging ihr

logisch, nur die beiden Fremden dabei waren, — sie hielt es nicht für der Mühe wert, — die Sachen hätten ja doch immer in Ordnung sein können, und es schien ihr nun auf einmal, daß sie nichts weiter getan hatte, als von dem Vernachlässigten etwas aufzuräumen.

Die Männer waren schon dabei, über andere Dinge zu plaudern; sie tranken Kaffee, und später kam die Rede auf die Arbeitsfrage.

„Sag, Kamerad,“ fragte Rylandt, „was denkst du, was machst du den Winter über; weißt du schon Arbeit?“

„Nein,“ erwiderte Zoo überrascht, „und du? Warum fragst du das?“

„Du wirst es schon hören, lieber Kerl! Wir kommen überall zu spät; die Kameraden sind uns überall voraus und haben die Plätze belegt, man hat es uns gesagt, und wir haben es selbst erfahren. Bratels, Parmeniers, Verschures, all die Höfe hier in der Nähe haben wir abgelappert und die Zigarettenwaren auch.“

„Und Mannings und Calmeys?“ fragte Zoo.

„Da müssen wir noch hin, aber...“ erklärte Vervaeck.

„Und an Weben ist auch nicht zu denken!“ erklärte Vervaeck.

„Ihr mühtet sie hören bei uns zu Haus. Viel und Warden sind mit leeren Händen zurückgekehrt, — sie sollen warten!“

„Sa, ja, wenn es so steht...“ meinte Zoo nachdenklich.

„Wißt ihr was?“ rief Rylandt, „ich für mein Teil gehe lieber zu den Wallonen in die Zuderfabrik, und wenn wir da ankommen wollen, gibts nichts zu bräuen; es wird die höchste Zeit. Morgen kommen die Nachzügler nach Haus, und der ganze Schwarm läuft geradeswegs dahin, — dann stehen wir wieder da und gaffen.“

Zoo war zu sehr überrascht, um sich seiner Enttäuschung bewußt zu werden; er wollte noch nicht daran glauben.

„Aber nein doch, keine Arbeit finden! Geht ihr mit?“ schlug er vor, „wir wollen erst zu Mannings und von da weiter. Zu den Wallonen gehe ich nicht,“ erklärte er bestimmt.

Dieser Gedanke war ihm noch so neu, er kam ihm zu unerwartet, und vor jener Gegen und der Arbeit, die ihn dort erwartete, hatte er einen Abscheu, — er konnte das! Und zudem, er hatte sich nun schon so gut hineingedacht, zu Haus zu bleiben. Obgleich er nicht weiter darüber nachdachte, ob Gründe vorhanden waren, so sehr daran festzuhalten... aber niemals hatte er gedacht, daß irgend welcher Zweifel für ihn bestände, seinen Wunsch durchsetzen zu können, — auch jetzt dachte er noch nicht daran.

Manke hatte ihn mit keinem Wort unterbrochen, aber ihre Sehnsucht, Zoo zu Haus zu behalten, war ihr nicht einmal mehr zum Bewußtsein gekommen: nun die Gefahr der Arbeitslosigkeit drohte, gab sie von selbst ihre eigenen Wünsche preis, und ihr eigenes Glück zählte nicht mehr, wenn es nufere nur Gefahr aufzuheben oder Sorge um Essen und Lebensunterhalt. Mit der Arbeit hatte sie schon öfter Bekanntschaft gemacht, und um dieser

Qual zu entgehen, opferte sie instinktmäßig alles, was zu ihrem eigenen Wohl und Wehe gehörte, und das erwartete sie auch von Zoo.

Während sie ihrem Manne zusah, der seine Schuhe anzog, wagte sie es zu sagen.

„Es wird doch irgend etwas zu finden sein. Ihr müht euch auch bei Seymaedes umsehen. Und wenn man nichts findet...“

Sie sprach es nicht aus. Um Zoo zu überreden, doch zu den Wallonen zu gehen, war es noch zu früh, sie wagte es nicht zu tun.

Der Scharfsmut der besorgten Mutter gab ihr ein, daß sie warten müßte; aber sie blieb doch voller Angst vor einem übereilten Entschluß ihres Mannes und war bange, daß er erst hinginge, wenn es zu spät wäre.

Bei allen diesen Menschen erwachte plötzlich das Angstgefühl, als ob die Not schon drohte, als ob sie in die Kälte, in das Dunkel des Winters versunken daständen, ohne sich retten zu können, eng zusammengepreßt, um einander zu schließen.

„Du bleibst doch nicht zu lange weg?“ fragte sie, weil sie nicht wußte, was sie fragen sollte, und im selben Augenblick schon fand sie ihre Frage nicht am Platze, denn den Kummer über die gestörte Festimmung fühlte sie mit. Sie waren in der Laune, einem vergnügten Abend zusammen zu verleben, die Männer unter sich, eintrübseligen zu trinken und zu rauchen, und nun sollte der Abend hingehen mit Suchen und Herumlaufen nach Arbeit, während sie selbst voller Angst hier sitzen und auf das Ergebnis warten würde.

Zoo sagte nichts, und die drei Männer zogen ab, ohne sich anzusehen, jeder mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt.

Sie hatte sich alles so schön zurechtgelegt, hatte sich so darauf gefreut, den glücklichen, friedlichen, frohen Tag des Wiedersehens, der Heimkehr zu feiern, und sich so viel davon versprochen, — und nun war alles aus!

Die Kinder waren draußen beim Spielen, und sie blieb allein und wiegte das Kleine, das unablässig schlief und nicht schlafen wollte. Dabei gingen ihre Gedanken suchend in die Runde, um irgendwo Hilfe oder einen Ausweg zu finden. Die ganze Umgebung lief sie im Geiste durch, — überall war eine gewisse Möglichkeit, ein wenig Arbeit zu finden, aber es blieb bei bloßen Vermutungen. Sie selbst hatte früher niemals an deraartiges gedacht. In ihrer Ruhelosigkeit und Aufregung nahm sie, um doch irgend etwas zu tun, den Doppelsack ihres Mannes und packte ihn aus. Eine alte Hölle, eine Tasse, einige abgetragene Hemden und ein blauer Kittel, alles zu Fetzen zerissen, bis auf den Boden abgenutzt, zerfetzt, flinkend nach Schweiß und Schmutz. Mit ihrem Wirklichkeitsstimm und mit der Entschiedenheit ihrer weltlichen Bitterung sah sie doch die Wirklichkeit voraus, daß Zoo zu den Wallonen würde fortziehen müssen... daß sie vielleicht diesen selben Abend noch aufbrechen würden, und logisch, ohne Zögern, sich die Wirklichkeit vor die Einbildung; keine Sachen müßten in Ordnung sein.

(Fortsetzung folgt.)

nen, nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Abgabepflichtige am 31. Dezember 1919 ein Recht auf Pension oder auf fortlaufende Bezüge aus Hinterbliebenenfürsorge hatte, sofern der Jahresbetrag der Bezüge 1000 M. nicht übersteigt und das steuerbare Vermögen zu mindestens 1/2 aus Kapitalvermögen bestand. Wurden am 31. Dezember 1919 nur einmalige oder vorübergehende Bezüge aus Hinterbliebenenfürsorge (Scherbengeld, Gnadenquartal und dergl.) gewährt, so tritt an ihre Stelle der Jahresbetrag der ersten fortlaufenden Bezüge. Ist bei der Veranlagung eines Abgabepflichtigen, bei dem im übrigen die Voraussetzungen des § 15 Nr. 8 des Gesetzes über das Reichsnotopfer oder des zu 1) Aufgeführten gegeben sind, der Abzug des § 15 Nr. 8 deshalb ausgeschlossen, weil das steuerbare Vermögen mehr als 150 000 M. beträgt, so ist der Mehrbetrag als Abgabe, der sich durch die Weberziehung der Grenze von 150 000 M. ergibt, nur insoweit zu entrichten, als er aus der Hälfte des 150 000 M. übersteigenden Teils des steuerbaren Vermögens bestritten werden kann. Die Ermäßigung nach Ziffer 1 und 2 treten nur auf Antrag ein. Der Antrag ist spätestens binnen drei Monaten nach endgültiger Feststellung des Reichsnotopfers zu stellen.

**Umanerkennung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.** Von der amtlichen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen wird uns gemeldet: Im Anschluß an die Veröffentlichung betr. Beschleunigung der Durchführung des Reichsverordnungsgesetzes hiermitgeteilt, daß die amtliche Hauptfürsorgestelle Lübeck bereits seit Anfang dieses Jahres mit den Vorarbeiten für die Umanerkennung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beschäftigt ist. Von der Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge sind bereits die Vorarbeiten für die Umanerkennung der Renten (einschließlich der Neuanträge) von über 1100 Kriegsbeschädigten erledigt und an das Versorgungsamt Lübeck weitergegeben, welches nach weiterer Bearbeitung den größten Teil dieser Fragebogen schon seit geraumer Zeit an das Hauptversorgungsamt weitergeleitet hat. Vom Hauptversorgungsamt erledigt sind in dieser ganzen Zeit bis zum heutigen Tage rund 80 Umanerkennungen. Von der Hinterbliebenenfürsorge sind in der gleichen Zeit 900 Anträge auf vorläufige Umanerkennung der Kriegshinterbliebenen gestellt. Hieron sind bis jetzt erledigt rund 260 Anträge. Die Entscheidung der vorläufigen Umanerkennungen der Renten der Hinterbliebenen ist nunmehr dem Versorgungsamt Lübeck übertragen. Die Folge davon ist, daß in den letzten Tagen die erledigten Umanerkennungen bereits in größerer Zahl, täglich 10—20 zur Weiterleitung an die Hinterbliebenen hier eingingen. Auch für die schleunige Umanerkennung der Renten der Kriegsbeschädigten ist die Hauptfürsorgestelle mit größtem Nachdruck bemüht.

**Haustier als Kriegsbeschädigte.** Von der Kriegsbeschädigtenfürsorge wird uns geschrieben: Es ist wiederholt auf die unerfreuliche Tatsache hingewiesen, daß Kriegsbeschädigte und angehörig Kriegsbeschädigte ihr Leben bemühen, um im Haustierhandel das Mittel der Mitmenschen auszunutzen. Auch kürzlich wurde hier in Lübeck ein Kriegsbeschädigter Brinkmann beobachtet, der, nur versehen mit einem Ausweis des Lazarets Kofhof, Koffarten des Stils für 1 M. verkaufte. Einen Gewerbeschein besaß er nicht. In dem Ausweis war nur bezeugt, daß er 40 Prozent erwerbsbeschränkt sei. Dem Publikum gegenüber gab er schriftlich an, er habe seine Sprache verloren, während unsere Nachfrage bei der zuständigen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ergab, daß seine Kriegsverletzung in einem Schußbruch der linken Elle bestand. Eine Veranlassung zum Haustierhandel für ihn in keiner Weise vor, da er in Kofhof durch die Fürsorgestelle Arbeit erhalten hatte. Die Kaffeehaus- und Restaurationsbesitzer werden gebeten, Kriegsbeschädigte und angehörig Kriegsbeschädigte zum Haustier in ihren Lokalen nicht zuzulassen. Das Publikum in den Lokalen bitten wir, den Haustierhandel der Kriegsbeschädigten nicht durch Kauf zu unterstützen.

**Ablieferung von Flugzeuggeräten.** Durch die Annahme des Ultimatum hat das deutsche Reich die ihm auferlegte Pflicht anerkannt, erst drei Monate nach der Erklärung der Entente, das alles auszuliefernde Luftfahrzeuggerät abgeliefert zu sein, den Bau von zivilen Luftfahrzeugen wieder aufzunehmen. In Erfüllung dieser Verpflichtung wurde das Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues erlassen. Um den Zeitpunkt, an welchem das ablieferungspflichtige Luftfahrzeuggerät völlig ausgeliefert bzw. zerstört ist, beschleunigt herbeizuführen, ist dafür zu sorgen, daß auch das etwa noch verbleibende militärische Gerät zur Ablieferung und Ablieferung an die Reichswehrhand-Gesellschaft gelangt. Da die beschleunigte Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen den wichtigsten politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Interessen dient, muß die beschleunigte Erfüllung des etwa verbleibenden Luftfahrzeuggerätes betrieben werden. Handelt es sich doch jetzt darum, für unsere aufstrebende Luftfahrzeugindustrie die Aufhebung des Bauverbotes zu erlangen und ihr neue freie Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Jeder Fall der Entbehrung verheimlichter Luftfahrzeuggerätes erschwert der Reichsregierung diese Aufgabe und bringt dem Reich auch finanziell schweren Schaden. Die Anzeigepflicht

besteht für jedermann, der von dem Vorhandensein derartigen Gerätes Kenntnis hat oder erhält. Anzeigen nimmt entgegen die Zweigstelle der Reichswehrhand-Gesellschaft in Lübeck, Biederstraße 78, und die Erlassungsabteilung Lübeck des Reichswehrministeriums III, Lübeck, Fleischhauerstraße 91.

**Eine Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins** wurde am Mittwochabend im Gesellschaftshaus Markt abgehalten. Genosse Dr. Leber sprach über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands und die daraus zu ziehenden Folgerungen. In dem Vortrag schloß sich eine kleine Diskussion, worauf der Referent noch kurz auf die Bürgerrechtsfragen hinwies, bei denen unter allen Umständen eine sozialdemokratische Mehrheit erzielt werden müsse. Die Wahlen würden eine Kraftprobe zwischen dem rechtsstehenden Bürgertum und der Arbeiterklasse werden. Die gutbesetzte und zahlreich besuchte Versammlung — der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt — nahm die Ausführungen mit großem Interesse entgegen und wird die Maßnahmen darauf zu ziehen wissen.

**Für die Neuauflage des amtlichen Fernsprechbuches** werden Anträge auf Veränderung bestehender Eintragungen noch bis zum 1. Oktober d. J. entgegen genommen. Derartige Anträge sind in Hamburg an das Fernsprechamt (Wiederstraße), in den übrigen Orten an die Ortspostanstalt zu richten.

**Vom Steuerzahler.** Das Finanzamt schreibt: Sehr viele Steuerzahler sind mit der Entrichtung der I. und II. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer für das Jahr 1921 im Rückstand. Diese Nichtentrichtung der Steuer dürfte zum größten Teil auf den Umstand zurückzuführen sein, daß für das laufende Jahr keine neuen Steuerzettel ausgehändigt sind. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die vorläufige Reichseinkommensteuer für das laufende Jahr nach dem alten Steuerzettel für 1920 weiter zu zahlen ist. Etwa verloren gegangene Steuerzettel werden beim Finanzamt unentgeltlich durch neue ersetzt.

**Für die Erneuerung des Fahrplanbelauges der Herrenbrücke** ist im Haushaltsplan 1921 der Betrag von 120 000 M. angelegt worden; jedoch ist seine besondere Bewilligung vorbehalten. Da der Brückenbelag so schlecht ist, daß er erneuert werden muß, hat die Baubehörde beantragt, ihr den Betrag zur Verfügung zu stellen. Der Senat ist bereit, diesem Antrage zu entsprechen und stellt die Bewilligung dieser Summe zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft.

### Bei Hagenbeck.

Am Mittwochabend vollzog sich eine kleine Völkerverwanderung zur Eröffnungsvorstellung des Zirkus Hagenbeck auf dem Burgfeld. Nachdem die Jugend schon durch den großen Aufzug rebellisch geworden war — bei ihr verbrüht sich hinter dem Worte Hagenbeck die ganze exotische Welt in phantastischem Gebilde — schauten sich zuerst einmal die Erwachsenen die große Raubtierdreschschau an. Und wenn diese nach der Premiere erst zu erzählen anfangen von dem, was sie gesehen haben, dann wird es für die Kleineren kein Halten mehr geben und das Riesenspektakel wird auch in Zukunft ebenso ausverkauft sein, wie es am ersten Abend der Fall war. Denn was Hagenbeck bietet, wird in dieser Mannigfaltigkeit sobald nicht wieder zu sehen sein. Prachtvolle Tiere in unerhörter Zahl stauten sich da hinter dem eisernen Zwinger, und beherzte Menschen zwangen den Königen der Dschungeln und den Herren des Wises ihren Willen auf. Die 6 Berberlöwen waren ausgeführt schöne und kräftige Tiere, die ihrem Dompteur Alfred Wendig ebenso auf den Hintern gehorchten wie die gefährlich dreinschauenden bengalischen Tiger ihrem Meister Fritz Fischer. Songbeke tritt mit weißen, braunen und einem schwarzen Hären auf, denen er allehand Kunststücke beigebracht hat. Der prächtvolle schwarze Meister Weg gab sich von der drohenden Seite. Kurik Erikson kam mit einer ganzen Herde weißer Wären an; 22 dieser nordischen Einsiedler stellten sich im Kreise auf, von denen sich mehrere als recht lustige Gesellen zeigten. Sie führen, von einem Pony gezogen, Schlitten, Karussell und zeigten sich als Kunstschmiedekünstler. Der Dompteur hatte diese nordischen Gäste alle fest in der Hand, der Applaud und die Dressur all der Löwen, Tiger und Wären bot viel Spannendes. Nach diesen Szenen wurde das hohe eiserne Gitter abgebrochen und die zugehörige und künstliche Kunst setzte ein. Ein weiteres Intermezzo geben die 6 Schellandsponys mit ihren lustigen Marionetten auf dem Rücken, vorgeführt von Herrn Hammerichmidt. Die 8 Kinder Hammerichmidts produzierten sich am hängenden Trapez mit Bravour. Recht nichtlich war auch die Einlage des kleinen sumatranischen Elefanten mit dem isländischen Zwergföhlen. Achtunggebietend trottelten die 6 Riesenelefanten in die Manege. Sie folgen gutmütig ihrer Gebieterin Marhana, die sie allehand Kunststücke gelehrt hat. Witzvolle Kaufbrüder sind die beiden Samotts. Im Ernst und Scherz wird das Beste auf diesem Gebiete gezeigt. Die Glanznummer artistischen Könnens gibt die Vorch-Familie, 11 Flaciter genannt. Mit großartiger Eleganz treten sie auf, und mit schillernder Leichtigkeit vollführen die Elf die halbscherzhaften Kunststücke. Es steigt und wipelt nur so durcheinander; doch trotz allem schlägt weder ein Falto noch ein Doppelfalto fehl. Einige kleine Rechen

geben sich als reine Spielbälle her. Zum Schluß sagt noch die Gomboreiterin Lajana durch die Manege. Dann wären noch die beiden Glowns Corty und Liano zu nennen, die allerdings Ansturm zusammenhisslosophieren und mit manchem Uff-Beiterung verschaffen. Hagenbecks Kapelle spielt zu allem schöne Weisen und wehlt von der sonst üblichen Virtuosität recht weit ab, so daß alles in allem genommen keiner bereuen wird, zu Hagenbeck gewandert zu sein.

**Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten.** Der Deutsche Erfinderschutzbund e. V. München, gegründet 1912, veranstaltet während der Internationalen Messe in Frankfurt a. M. eine große Spezialausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheit bieten soll, ihre Schutzrechte ohne große Kosten zu verwerten. Mittellose und arbeitslose Erfinder, sowie Kriegsbeldadige erhalten gegen entsprechende Bescheinigung Freiplätze. Die Anmeldungen müssen erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr im Ausstellungskatalog aufgenommen werden können. Näheres durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Jahnstraße 20.

**Eine Ausstellung von Handarbeiten** aller Art wird während der Lübecker Osterwoche vom 1. bis 10. Oktober in den Räumen der Firma Heide & Schmalz veranstaltet. Durch die Ausstellung soll Gelegenheit gegeben werden, zu zeigen, welche schöne und mühsame Handarbeiten angefertigt werden und wieviele Frauen noch durch die Geschicklichkeit ihrer Hände eine Möglichkeit haben, sich einen kleinen Verdienst zu verschaffen. Mit der Ausstellung ist ein Verkauf, eine Verlosung und eine Preisverteilung der Handarbeiten verbunden. Frauen und junge Mädchen, die bereit sind, Handarbeiten anzufertigen, aber nicht in der Lage sind, sich Material zu beschaffen, wird solches bereitwillig unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Sie mögen sich Königstraße 19 melden. Annahme von Ausstellungsgegenständen daselbst, sowie Verteilung jeder näheren Auskunft am Dienstag und Freitag von 3—5 Uhr.

**Stadtbibliothek.** Die allgemeine Revision findet vom 19. bis 24. September statt. Alle Bücher, deren Leihfrist abgelaufen ist, sind gemäß der amtlichen Bekanntmachung im Einzelteil unseres Blasses in dieser Zeit in der Ausleihe vorzulegen. Die Ausleihe ist werktäglich geöffnet von 10—1 Uhr und, außer Sonnabends, von 5 bis 7 Uhr.

**Stadttheater.** Wegen Erkrankung im Personal wird Freitag statt Maschinenbau „Zauberflöte“ gegeben. Wir möchten das Publikum auf die Gastspiele des Kammerängers Richard Tauberdresden am Sonnabend und Sonntag besonders hinweisen. Tauber war auch ein Gast der Nordischen Woche. Er hat den „Lamino“ in der Zauberflöte gesungen.

**Hansa-Theater.** Heute Donnerstag findet die letzte Vorstellung auf dem Gebiete des Varietés und auch das letzte Auftreten der berühmten Verwandlungsschauspielerin „Fregolia“ statt. Freitag und Sonnabend bleibt das Theater wegen Vorbereitung auf der neuen Operette von dem erfolgreichsten Komponisten Eduard Künneke „Wenn Liebe erwacht...“ geschlossen, die dann am Sonntag, dem 18. d. Mts. abends 7 1/2 Uhr zum ersten Male mit neuer Ausstattung über die Bretter des Hansa-Theaters geht.

**pb. Diebstahl.** Auf Ringstetten-Hof wurde mittels Einbruches ein Stück blauer Cheviotstoff zu einem Anzug, 2 Paar neue braune Kindertrümpfe, eine graue wollene Decke, 14 blau- und weißgestreifte Hausstandschürzen, ein Fach Gardinen mit Ueberfall und ein Fach Juggardinen gestohlen. — Bei der Kriminalpolizei lagern noch verschiedene, aus Diebstählen herrührende Sachen, deren Eigentümer bisher nicht ermittelt werden konnte. Die bereits festgenommene Diebin, ein 23jährige Arbeiterin von hier, hat ihr Unwesen vornehmlich in der Vorstadt St. Jürgen getrieben.

**pb. Stehler und Schler.** Vorige Woche wurden zwei jugendliche, mehrfach vorbestrafte Arbeiter wegen Diebstahls festgenommen. Die beiden haben auch vor kurzem einen mit Kleidungsstücken gefüllten Koffer für einen Arbeitskollegen vom Bahnhofs abgeholt und unterschlagen. Der Stiefbruder des einen Festgenommenen wird sich deshalb wegen Schler zu verantworten haben.

**pb. Ein Freund guter Kost.** In letzter Zeit treibt ein bisher unermittelter Dieb vornehmlich vor dem Hügler- und Mühlenort sein Unwesen. Er scheint hauptsächlich sein Augenmerk auf nicht verschlossene Kellerfenster zu richten, durch die er hindurchzuschlüpfen versteht, um den Vorratshaltern einen Besuch abzustatten. Bei seinen Diebereien sind ihm viele Eier, Speck, Honig und dgl. Kleidungsstücke in die Hände gefallen.

**k. Kitzsch.** Der Sozialdemokratische Verein hielt am 18. September seine Monatsversammlung ab. Gen. Kaschowitz hielt einen Vortrag über „Das Erfurter Programm und die neuen Programmentwürfe“. Eine kurze Aussprache schloß sich an. Als Bürgerchaftsmitglied wurde Gen. Wegener-Dummersdorf wiedergewählt. Als Delegierter zum Bezirksparteitag wurde der Gen. Semf bestimmt. Ein Antrag auf Anschaffung einer Fahne fand allgemeine Zustimmung. Ueber

## Dante.

zum Gedächtnis seines 600. Todestages.  
Von Dr. Victor Engelhardt.

Die weltliche Kultur beging gestern — am 14. September — eine stille und ernste Feier. Sie gedachte des Italieners Dante, der durch sein Werk, die „Göttliche Komödie“, zum Europäer wurde. Möge uns allen diese Feier zum Bewußtsein bringen, daß auch wir nicht nur Italiener, Franzosen oder Deutsche — sondern trotz größter Verschiedenheiten Europäer sind. Bestanden wir uns an diesem Tage auf die weiten Strecken gemeinsamer geistiger Vergangenheit, die sich in Dantes Dichten offenbaren — und schöpfen wir daraus die frohe Gewißheit einer gemeinsamen geistigen Zukunft. Wird Dantes Gedächtnis, völkervereinend, mit solchem Willen begangen, so greift seine Bedeutung weit hinaus über den Kreis literarisch und historisch interessierter Menschen und wird zum Erlebnis, das die Massen bewegt. Sie fühlen — hier — in diesem Mann — ist etwas, das uns allen gepört, mögen unsere Vaterländer auch noch so verschiedene Namen tragen.

Dieses uns allen Gemeinsame in Dantes Worten ist Europas geistige Vergangenheit. — Sie muß bei Dante in der greifbaren Gestalt bestimmter und zeitgeschichtlicher Ereignisse auftreten, denn Dante war Politiker und ein Mann der Tat. Er kam von den Gefilden seiner Heimatstadt Florenz, an denen er wirkend Anteil nahm, zur Geschichte Italiens — und von da zum Schicksal des europäischen Menschen. Dieses war in Dantes Tagen hoch bewegt, denn ein neuer Geist erwachte — ein neuer Geist, der einst das Mittelalter überwinden sollte. Die Kreuzzüge, das Symbol für den Hageplaner fröhlicher Macht, hatten den Feind der Kirche gestürzt. Die Städte blühten durch den mit den Kreuzzügen neu auflebenden Orienthandel empor und saßen in ihren Mauern die Bildung des ersten, kaufmännischen Kapitals. Die wirtschaftliche Kraft konnte sich rasch mit politischer Macht verbinden, da die geldbedürftigen Könige und Herrscher Gewinnen sehr schnell in partei Abhängigkeit vom bürgerlichen Gläubiger gerieten. Der Geist der Freiheit erwachte aus dem Geiste des Handels. Die Persönlichkeit wurde sich ihres Einzelwertes bewußt und bezog sich damit langsam aus den Banden des mittelalterlichen Festgefängnisses.

Die Befreiung der Persönlichkeit fand ihren literarischen Niederschlag in der Dichtung jener Tage, als deren größter Schöpfer Dante gilt. Man mag es, mit der Tradition zu brechen — und an die Stelle der lehrhaften lateinischen Dichtung eine im person-

lichen Erlebnis wurzelnde Lyrik zu setzen, die sich der Volkssprache bediente. Dante schuf aus dem, was „innerlich dem Dichter quillt und auströmt an Gedanken“ — eine Sammlung von Kanzenen und klingenden Sonetten, die er selbst als Ausdruck „neuen Lebens“ empfand — und die für uns den eigentlichen Anfang der neuen Dichtkunst bilden. („Das Neue Leben“, Deutsche Ausgaben von Wege bei Reclam, von Febrer bei Henkel, von Lambert im Einhornverlag; außerdem in der Ausgabe der poetischen Werke von Joemann bei Herder.) „Da erschien mir“, heißt es im 3. Kapitel, „am letzten dieser Tage diese wunderbare Herrin, in schneeweißer Farbe gekleidet, inmitten zweier vornehmer Frauen von vorgerichtetem Alter. Und ihres Weges gehend... grüßte sie mich so bezeichnend, daß es mir danach war, als überhaute ich alle Grenzen der Glückseligkeit.“ Beatrice stand vor dem Dichter und entsandte in seinem Herzen jene erste Liebe, der er später, als die Sätze des Lebens seine Augen sehnsüchtig nach rückwärts blicken ließen, ein unvergängliches Denkmal setzte.

Der süße lyrische Traum der Jugend ist zu Ende, als Beatrice stirbt. Das Leben führt den reifen Mann in die Arena der Politik. Der Epoche des Werdens neuer, bürgerlicher Wirtschaftssysteme entspricht, wie immer, eine Zeit politischer Unklarheit und Wirrnis. „O mein Florenz, du pflegst ja bis November zu behalten, was du Oktober schiffst dir an Gewalten“, heißt es klagend in der „Göttlichen Komödie.“ Die Parteien — Guelfen und Ghibellinen, — Anhänger selbständiger Kleinststaaten — und Anhänger imperialistischer Weltreichsgedanken — stehen hart gegeneinander. Zu Dantes Zeit sind in Florenz die Guelfen am Ruder, und damit wird der aus guelfischer Adelsfamilie stammende Dichter in leidenschaftliche Politik hineingeführt. Bald spalten sich die Guelfen in Schwarze und Weiße. Dante gehört zu den Weißen und wird bei einer der vielen Schwankungen des politischen Glücks mit seiner Partei aus der Stadt verbannt. Ritter schmet das Brot der Verbannung. „Niel bittere Unbill wird du noch erleiden, geht anderer Treppen du hinab, hinan. Was dich jedoch am meisten wird bedrücken, das sind der schimmern Leidgenossen Tüden.“

Hart ist die Schule des Unglücks — hart und streng — und doch unendlich fruchtbar. Die „Göttliche Komödie“ ist ihr Ergebnis. (Deutsche Ausgaben von Strauß-Biederer bei Reclam, Hoffmann große und kleine Ausgabe bei Teubner, erstere mit ausführlicher Einleitung; weiter von Pflaumes bei Teubner. Außerdem in der oben erwähnten Ausgabe von Joemann bei Herder.) Dantes Gedächtnis — einstmals im florentinischen Refektorium besungen — wird groß und weit. Nicht mehr die Stadt liegt vor ihm, mit ihrem heillosen Parteigezänk — sondern Italien und Europa. Er sieht den Kampf zwischen Kaiser und Papst und erkennt, wie aus ihm alles Unglück und alle Wirrnis entspringt. Nur völlige Trennung der Gewalten kann Heilung bring-

gen. Mit großer Kühnheit verlangt Dante von der Kirche ein Aufgeben aller territorialen Machtansprüche und schreit nicht davor zurück, zahlreiche Päpste in die Hölle zu versetzen, ja einem noch lebenden Papst die ewige Feind zu prophezeien. — Dem Kaiser dagegen gebührt Gewalt und Recht — nicht Gewalt, die das Recht sich nimmt, sondern Gewalt, die dem Recht dient. Die Enttäuschungen florentinischer Parteipolitik haben den Demokraten Dante zu einem Monarchisten eigener Prägung gemacht.

Aber weit über Weltgeschichte und Weltpolitik hinaus ist der Rahmen der „Göttlichen Komödie“ gespannt. Sie gibt das innere, geistige Leben des zwischen Mittelalters und Neuzeit stehenden Menschen. Sie ist befangen im Weltbild vergangener Tage und weiß doch zum ersten Male den Weg zu einer neuen Sittlichkeit. Das Mittelalter sah auf sittlichem Gebiet nur leidende, duldbende Menschen. Die Lösung aus den Banden der Sünde konnte darum auch nur der brennenden und tatenlosen Fein des Feuerheuers folgen. Am Ende von Dantes Fernheitswanderung steht ebenfalls die tatenlose, hingebende Anschauung Gottes, aber der Weg, der zu ihr führt, ist nicht Leiden, sondern Handeln und Tat. Von Virgil, dem Symbol der menschlichen Vernunft, wird Dante durch die Hölle geleitet. Die Vernunft ist dem Menschen zur klaren Erkenntnis des Bösen gegeben, sie hat kritische, negative Aufgaben zu lösen. Freimachen vom Bösen kann sie nicht. Freimachen vom Bösen kann nur der aus klarer Erkenntnis entspringende, starke Wille, der zum freudigen Handeln führt. Auf dem Berg der Läuterung, den Dante an die Stelle des mittelalterlichen Fegefeuers setzt, tritt die Vernunft immer mehr zurück — und die von Beatrice, der göttlichen Liebe, angepörrte Tat immer mehr hervor. In Dantes mühsamer, hüfender Bergbesteigung steht die neue Zeit zum ersten Male vor uns. Der tätige, handelnde, strebende Mensch als sittliches Ideal, das ist nicht Mittelalter, das ist Renaissance, das ist die Ethik unserer Tage. Ja noch mehr — hier offenbart sich, was den Westen vom Beschaulichen Orient scheidet, was uns Europäer mit einem gemeinsamen Band umschließt. Hier haben wir den letzten Urgrund unseres gemeinsamen Seins. Der Geist tatkräftigen, sittlichen Handelns ist in Dantes Tagen auf dem Boden städtischen Bürgertums emporgeteilt. Er war berufen, das Mittelalter zu überwinden — als neuerpörrischer Geist. Er lebt auch in uns, die wir an die Welt der Zukunft denken. Das dürfen wir nimmer vergessen in einer Zeit, wo mancher geneigt ist, alles abwartend der historischen Notwendigkeit zu überlassen oder sich gar in ein müdes Nirwana hineinzuträumen. Dante zeigt uns — wenn auch am Anfang der Zeit naturgemäß mit fremden mittelalterlichen Worten — welchen Weg wir gehen müssen. Den Weg des sittlichen Wollens und der sittlichen Tat. Den Weg, der uns aufwärts führt, dem Paradiese zu — mag dieses im Himmel liegen — oder auf Erden.

Die Art der Geldbeschaffung soll jedoch erst in der nächsten Versammlung beschlossen werden. Der 9. November soll durch eine förmliche Fester gewährt werden. Zum Schluss machte noch der Vorsitzende Gen. Schwarz darauf aufmerksam, daß in der Zeit der langen Wende auch das Lebensbedürfnis wieder zunehmen. Gelber genüge die Vereinsblätter den Anforderungen nicht. Er hegt deshalb den lebhaften Wunsch, daß der Lübecker Parteivorstand ihm bei der Abstellung dieses Uebelstandes beihilflich sein möge.

## Angrenzende Gebiete.

**a. Gütin.** Landesausschuß. Die Wahl für den Verwaltungsrat der Provinzialbank wird dahin ergänzt, daß Genosse Genesl-Gütin zu den gestern gemählten vier Personen hinzukommt. Die Beratung über den Antrag des Genossen zur Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Grund- und Gebäudesteuer zwecks Förderung des Wohnungsbaues, sowie der Antrag Bartels über Zuschläge zu denselben Steuern für Staat und Gemeinde werden fortgesetzt und beide Entwürfe angenommen. Als Mitglieder für den Gewerbesteuerausschuß werden gewählt Tischlermeister Wangel-Schwartzau, Arbeiter K. Siebuhl-Kensfeld, Lagerhalter Meyer-Stadelhof, als Vertreter Zimmermeister Wulf-Schwartzau, Schmiedemeister Johannsen-Barin, Maurer Möller-Ratelan. Das Gesetz betr. Bildung von Wohnfahrts- und Pflegeanstalten wird angenommen, ebenso die Satzungen für das Landesstrafhaus (Jülich-Haus) in Gütin (1. Lesung). Der Antrag v. Legehorn betr. Senkung der Fleischpreise wird angenommen. Der Landesvorstand droht mit der Einrichtung eigener Schlachtereien. Beschwerden über die Versorgung mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft sind sehr interessante Mitteilungen über den Modus, den einige Landleute bei der Aufbringung der Getreidemühle anwenden, bilden den Schluß der Sitzung. Landesvorstand und Öffentlichkeit werden über den letzten Punkt noch näheres erfahren.

**s. Schönböden.** Parteiversammlung. In der Ortsgruppe Schönböden des Sozialdemokratischen Vereins Lübeck referierte am Dienstag, dem 18. September, Genosse Steinberg über die politische Lage. Gleichzeitig besprach der Referent die kommenden Wählerfragen und wie auf die Bedeutung des nächsten Parteitagess hin. Die Versammlung wählte zum Parteitag den Genossen Ludwig Schnoor und stellte als Kandidat zur Wählerwahl den Genossen Zimmermann G. Storm einstimmig auf. Ferner beschloß die Versammlung, daß eine Kommission von 3 Genossen die Durchführbarkeit einer Fahnenbeschaffung prüfen soll. Auch wurde die Erwartung ausgesprochen, daß Schönböden bald eingemeindet wird. Zur Wählerwahl verspricht die Versammlung, alles auszubieten, daß auch in Zukunft die Mehrheit in der Bürgererschaft der Sozialdemokratie zufällt.

**Samburg.** Der Fall Schön wurde in der Bürgererschaftung am Mittwoch vom Senat weiter erläutert. U. a. wird dem Generalstaatsanwalt vorgelesen, daß er gegen den bei Kapov-Büsch schwer kompromittierten Rechtsanwalt Jacobsen kein Verurteilungsbescheid erlassen hat, während er andererseits gegen Leute, die sich zur Verteidigung der Verfassung bemächtig hatten, wegen Verstoßes gegen das Waffenverbot vorging. Ferner wird weiter ausgeführt, daß Dr. Schön nicht das gesamte Belastungsmaterial im Falle Holz dem Gericht vorgelegt habe. — Ein kommunistischer Antrag auf Geldbeihilfe für das hungernde Ruhrland wurde abgelehnt. Genosse Eisenbarth erklärte, daß praktische Hilfe durch Entsendung von Sozialisten viel mehr wert ist, als alle agitativen Anträge auf Geldbewilligung.

**Neustadt in Holstein.** Der Schleswig-holsteinische Städtetag wird am Donnerstag, dem 22., und Freitag, dem 23. September, hier tagen. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Queren-Kiel, wird über den Deutschen Städtetag in Stuttgart berichten und Stadtrat Dr.-Ing. Hahn-Kiel über das Thema: „Zwei Jahre Baukostenzuschüsse — und was nun?“ sprechen. Stadtrat Dr. Hahn-Kiel wird über das Thema: „Weg von Bodenproduktion“. Am zweiten Tage gelangt die Änderung des Unterrichtsplans der Verwaltungsbeamten-Schulen und der Sekretariate zur Erörterung. Oberbürgermeister Hahn-Kiel spricht über die Reichsfinanzreform und die Gemeinden und Stadtrat Dr. Gert-Kiel über die Anleihenwirtschaft der Städte.

**Rüneburg.** Ein Sonnabend ausgebrochener Moorbrand nördlich der Staatsforst Eipelen (in der Lüneburger Südde) hat eine gewaltige Ausdehnung angenommen und riesige Werte vernichtet. Nur wenn der jetzt eingetretene Regen länger andauert, kann das Erdfeuer im Moore zum Erliegen gebracht werden. Bisher wütet es auf mehreren tausend Morgen des Schönwörder Moors. An veräußerlichem Torf sind gegen 50000 Zentner verbrannt. Unter den Geschädigten befindet sich auch der Konsumverein Samburg. — Die Kartoffelbelieferung Lüneburgs wurde erneut im Ratshaus besprochen. Nach längerer Aussprache einigte man sich dahin, daß die Landwirte bei einer Anbaufläche von schätzungsweise 9000 Morgen 6 Zentner Kartoffeln auf den Morgen zu einem Zentnerpreis von 80 Mark ab Verladung liefern. — Für diese Anstrengung, 6 ganze Zentner pro Morgen, kann den Landwirten kein besonderer Dank ausgesprochen werden. Selbst, wenn die diese paar Zentner verschenken würden, würde sich das Geschäft bei den Breiten, die für die übrigen Kartoffeln verlangt werden, noch glänzend lohnen. Sand in die Augen, weiter nichts!

## Metallarbeiter-Kongress.

Jena, 13. Septbr.

Zu Beginn der zweiten Tagung stand zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission auf der Tagesordnung. Es ergab sich, daß 776 Delegierte anwesend waren, deren Mandate sämtlich für gültig erklärt wurden. Dann erfolgte die Konstituierung des Verbandstages. Es gab hierbei eine mehrstündige Geschäftsordnungsdebatte, die sich darum drehte, wie der Vorsitz der Generalversammlung zusammengelegt werden soll. Ein Antrag der S. P. D., der von den Kommunisten unterstützt wurde, verlangte die Wahl von drei Vorsitzenden. Unter den zu wählenden drei Vorsitzenden für die Generalversammlung sollte jedoch kein bisheriges Vorstandsmitglied sein. Ueber diesen Antrag entspann sich eine lange Debatte, die schließlich dazu führte, daß die Sitzung schon um 10 Uhr 30 Min. verlagert wurde, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, über die Situation zu beraten. In der Nachmittagsitzung wurde zunächst die Geschäftsordnungsdebatte fortgesetzt. Schließlich einigte man sich dahin, daß die bisherigen Vorsitzenden des Verbandes als Vorsitzende für die Generalversammlung nicht im Bureau vertreten sein sollen. In der Wahl wurden schließlich Bödler, Strobel (beide S.P.D.) und Braß (Komm.) zu Vorsitzenden für die Generalversammlung ernannt. Darauf fanden die Wahlen der übrigen Kommissionsmitglieder statt, bei denen sich ebenfalls lebhaftere Debatten entwickelten. Es lagen ferner zahlreiche Abstimmungsanträge vor, die jedoch abgelehnt wurden, so daß es bei der vom Vorstand festgesetzten Tagesordnung blieb. Dann stellte plötzlich und ohne jeden Zusammenhang der Kommunisten Wächler den Antrag, für die Ruhrlandhilfe pro Mitglied aus der Verbandskasse 1 Mk. zu bewilligen. Der Vorsitzende Dikmann trat unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung dieser Forderung Wächlers mit scharfen Worten entgegen und erklärte, daß es sich bei der Ruhrlandhilfe nur um freiwillige Beiträge handeln könne, und zwar nur auf dem Wege über Amsterdamm, da nur dann die Gewähr vorhanden wäre, daß die Unterstützungsgelder auch im Sinne des Verbandes Verwendung finden.

In der Mittwoch-Sitzung wird zunächst die große Aussprache über die Taktik des Verbandes und die Tätigkeit des Vorstandes

vor sich gehen. Dann wird der Vorsitzende Dikmann den Geschäftsbericht erstatten. Bei der Besetzung des Bureaus für die Generalversammlung versuchten die Unabhängigen, trotz des Beschlusses vom Sonntag, nur Delegierte der Verammlung in das Bureau hineinzubringen, den Vorsitzenden und Nichtdelegierten Brandes für den Vorsitz vorzuschlagen. Dieser Antrag wurde ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt.

Jena, 14. September.

Die Vormittagsitzung des Mittwoch wurde eröffnet mit einer vierstündigen Rede des Vorsitzenden Dikmann, der Bericht erstattete. Er betonte einleitend, daß sich der Vorstand bemüht gewesen sei, in Stuttgart eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen zu haben. Wir hatten einen Kampf zu führen um die Betriebsrätefrage. Dann kamen Auseinandersetzungen um die Frage: Moskau oder Amsterdam? Der Vorstand mußte alles tun, um die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation aufrechtzuerhalten. Eine Kiesenmasse von Anforderungen sind im Vergleich zu früher an den Vorstand herangetretten. Wir müssen sowohl in den Orts- als in den Bezirksverwaltungen mehr Kräfte freistellen, wenn die Arbeiten des Verbandes nicht vernachlässigt werden sollen. Redner bespricht dann die Frage der jugendlichen Arbeiter. Wir müssen den jugendlichen die Kenntnis realer Tatsachen beibringen und auch etwas Geschichtskennntnis innerhalb der Arbeiterbewegung. Redner schließt dann die Einrichtungen, die für die Ausgestaltung des Bildungswekens geschaffen worden sind. Es ist ein Bildungssekretär eingestellt und eine volkswirtschaftliche Abteilung für die Mitglieder des Verbandes eingerichtet worden. Wir haben im Jahre 1920 4191 Lohnbewegungen geführt in über 7554 Betrieben, mit über 4 1/2 Millionen Beteiligten. Im Jahre 1920 wurden neun Millionen Mark an Streikunterstützungen ausgegeben. Der Vorwurf der Laubert des Vorstandes kann nur erhoben werden von Kollegen, die den Vorstand mit Dreß besetzen und die Gewerkschaft herunterziehen, weil ihre Stiefel selbst im engen Parteistiefel stecken. Es geht aber nicht, daß man bei jeder wirtschaftlichen kleinen Bewegung die Massenaktion als Mittel anwendet. Die Führung wirtschaftlicher Kämpfe dürfen wir nicht nach unseren Parteisichtspunkten beurteilen, sondern sie müssen so geführt werden, wie es im Interesse der Arbeiterbewegung liegt. (Lebhafte Beifall.) Redner ging dann auf den offenen Brief der Kommunisten über die einheitliche Aktion ein. Er sagte, eine Partei, die die Arbeiterklasse so ins Elend treibt, wie die Kommunisten, handelt gewillenslos, wie nur irgend einer handeln kann. Das Arbeitslosenproblem kann nur gelöst werden durch eine Aenderung unseres Wirtschaftslens. Redner besprach dann den kommunistischen Zellenbau und erklärte, die Gewerkschaften können es nicht ertragen, daß Verhandlungsinstanzen ihre Anweisungen von politischen Parteien erhalten. Wir haben nach den Gewerkschaftsgesetzen zu arbeiten. Redner rechnet dann mit der kommunistischen Gewerkschaftszentrale ab und sagt, Sowjetrußland könne uns nicht helfen, sondern nur das westeuropäische Proletariat. Die deutschen Arbeiter können sich nicht nach dem Osten, sondern nur nach dem Westen richten. Hierauf besprach Dikmann das Zusammengehen mit der Amsterdamer Internationale. Sie ist in guter Fortentwicklung. Redner legt ein warmes Bekenntnis zum A. D. G. B. ab, wenn er auch gewisse Beschlüsse nicht immer billigt. Die nächste Zukunft ist schwarz. Das Wirtschaftsleben wird einen schweren Schlag erhalten durch die fortgesetzte Verschlechterung unserer Walfuta. Nach der jetzigen Teuerungswelle mache sich schon eine neue Teuerungswelle bemerkbar. Das Kapital konzentriert sich. Das Gesetz der Stunde sei darum: Besteuerung des Besitzes und Erfassung der Goldwerte. Die Reaktion redt und frecht sich und es wird schwere Kämpfe geben. Aber haben wir erst die Gewerkschaften in Ordnung, dann haben wir keine Angst an diesen Kämpfen. Redner richtet dann einen warmen Appell an die Versammlung. Das nächste Ziel sei Zusammenfassung der Arbeits- und Kampfgenossenschaft. Die Gewerkschaften sollen frei sein und nicht von Parteien abhängig werden. Wir haben in den letzten zwei Jahren gelernt und die Rettung in der Zukunft ist Einheitsfront und geschlossenes Handeln auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Wir müssen uns mehr Wirtschaftskennntnisse aneignen, sonst können wir das große Problem der Umbildung der Gesellschaft nicht lösen. Dies ist aber keine Arbeit des Augenblicks. Politische Macht zu erlangen ist nicht schwer, wohl aber zu wirtschaftlicher Macht zu gelangen. Vor dem Verbandstag und der Geschichte können wir einigemachen bestehen. Kommt die Einigung, dann wird es hoffnungsvoll heißen: Proletariat vereint Euch. — Dikmann schloß seine Rede unter starkem Beifall der Versammlung.

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst der Bericht des Verbandsausschusses erstattet. Der Ausschuhvorsitzende Lang (Frankfurt) führte aus, daß der Ausschuh 150 Beschwerden zu erledigen hatte. Nach Besprechung der organisatorischen Arbeiten, bei denen der Ausschuh mitgewirkt hat, ging Lang auf den Ausschuh von kommunistischen Mitgliedern, die an der kommunistischen Reichskonferenz teilgenommen haben, über. Ein Ausschuh kann nur erfolgen, wenn ein Mitglied sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die gegen das Interesse des Verbandes sind. Wir dürfen Kollegen, die eine andere Meinung haben, nicht aus dem Verband hinauswerfen. In der Diskussion erhielt zunächst Genosse Haas das Wort. Seit Stuttgart gehen wir einem gewaltigen allgemein wirtschaftlichen und organisatorischen Aufstiege entgegen. Vom radikalen Fortschritt und von der Phase sind wir zurückgekehrt zur Arbeit auf dem Boden der Tatsachen. Redner stellt die Ausführungen Dikmanns in Stuttgart und die auf dem Münchener Gewerkschaftskongress den jetzigen Ausführungen gegenüber, um Dikmanns Umstellung klar zu machen. Haas erinnert an die Stellung Dikmanns gegenüber den Beschwerden auf dem letzten Verbandstag, über Entlassungen von S.P.D.-Leuten, die Dikmann nicht nach dem Munde redeten. Nun hat man gesehen, daß schon nach kurzer Zeit auch die Freunde Dikmanns in die Wüste geschickt worden sind. Bei der Einstellung von Kräften im Hauptbureau hat der Vorstand seine Parteifreunde begünstigt. Was Dikmann über die Betriebsrätefrage sagte, unterstützen wir. In Stuttgart hat Dikmann aber auch gesagt, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sei reif zum Sozialismus. Was er aber heute gesagt hat, klingt ganz anders. In Stuttgart haben meine Freunde so geredet, wie jetzt Dikmann. Was Dikmann gegenüber den Kommunisten gesagt hat, unterstützen wir voll und ganz. Ich bin grumbfältig der Ansicht unserer Freunde: In Ruhrland herrscht nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer kleinen Schicht, die an die Diktatur des Zarensystems erinnert. Die Einigung des gesamten Proletariats wünschen auch wir von ganzem Herzen und unterschreiben, was Dikmann in dieser Hinsicht gesagt hat. Diese Einigung des Proletariats muß kommen. Darum freuen wir uns, daß heute anders gesprochen wird, als in Stuttgart. Redner unterbreitet eine lange Resolution, die eine programmatische Erklärung des Verbandes darstellt. In der Resolution heißt es u. a.: ... Die durch Gewaltfriedensverträge und durch maßlos gesteigerte Profitgier gekennzeichnete Zeit, die mit dem Weltkrieg begonnen, kann nur durch soziale Gemeinwirtschaft ihrem Ende entgegengeführt werden. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitliche und wohl organisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf festgefügte Gewerkschaften stützt, die getragen sind von dem Geiste der Sozialdemokratie und des proletarischen Klassenkampfes, und im mutigen Einflang mit den sozialistischen Klassengenossen aller Länder. Der Metallarbeiterverband ist berufen, an der Einrichtung der sozialen Gemeinwirtschaft hervorragend mitzuwirken. Der Verbandstag erklärt als erste Vorbedingung hierzu die Zusammenfassung aller

Kräfte ohne Ansehen der politischen Gesinnung, die das Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und alle Anweisungen ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Weiter wird als unerlässlich erklärt: 1. die Zusammenfassung aller Hand- und Kopfarbeiter; 2. die Sicherung eines Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Teuerung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet; 3. ein wohlausgebautes System von Betriebs- und Wirtschaftsstätten; 4. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Pflichten zu erziehen; 5. Beseitigung der Klassenjustiz, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Umstellung des Privatrechts in ein soziales Recht. Für die U. S. B. sprach der Bezirksleiter Ziska-Berlin, der die Politik des Vorstandes verurteilte. Hierauf wurde die Sitzung auf Donnerstag früh vertagt.

## Gewerkschaften.

### Der Afa-Bund zur Lage in Bayern.

Am 9. September waren in München die Vertreter der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände versammelt, um auch über die der gegebenen Lage in dem Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Anwesend waren: Eine Abordnung des Hauptvorstandes des Afa-Bundes-Berlin, ebenso hatten die Hauptvorstände des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Deutschen Werkmeister-Verbandes Vertreter entsandt. Weiterhin war versammelt der gesamte bayerische Landesauschuh des Afa-Bundes. Zwei Vertreter der Landeszentrale Bayern des ADGB waren zu der Beratung zugezogen. Die von dem Ernst der Lage getragenen Besprechungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin und hatten als vorläufiges Ergebnis nachstehenden Aufruf zur Folge:

#### Angestellte Bayerns!

Das kapitalistische Unternehmertum hat in den letzten beiden Jahren beharrlich und nicht ohne Erfolg an der Wiederherstellung seiner durch die Revolution erschütterten wirtschaftlichen Vormachtstellung gearbeitet. Der Wiedererückung der wirtschaftlichen folgte das Erstarken der politischen Reaktion. Ihre maßlose Hege gegen das arbeitende Volk, gegen seine Führer und gegen die Weimarer Verfassung zeitigte Entartungen, die es der Reichsregierung zur Pflicht machten, durchgreifende Maßnahmen zum Schutze der Republik und ihrer Träger nicht zuletzt der Angestellten und Arbeiter Bayerns zu treffen.

Während sich die arbeitende Bevölkerung in allen Teilen Deutschlands der Reichsregierung zum Schutze der Republik zur Verfügung stellt, herrscht in Bayern der Ausnahmezustand zum Schutze der Reaktion.

Im Gegensatz zur Verfassung wird durch den Ausnahmezustand den Angestellten Bayerns die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit und damit ihr freies Koalitionsrecht genommen. Die Beschränkung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit herrscht in demselben Augenblick in dem uns durch eine neue Teuerungswelle Lohnkämpfe aufgezwungen werden.

Jede Gefährdung der Republik ist gleichbedeutend mit der Wiederherstellung nicht nur des politischen, sondern auch des wirtschaftlichen Absolutismus. Auch die bestehenden Anlässe unseres Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben, der Arbeitsentgelt und alle übrigen sozialen Errungenschaften der letzten Jahre würden verloren gehen. Es genügt, auf die Entwicklung in Ungarn hinzuweisen, um bestätigt zu finden, welche furchtbare Nähe das kapitalistische Unternehmertum an den Angestellten und Arbeitern zu nehmen weiß, wenn es erst seine früheren Machtpositionen wieder inne hat.

Die demokratische Republik ist für Deutschland mehr als eine politische Staatsform, sie ist auf Grund der historischen Entwicklung der Inbegriff eines Mindestmaßes an bürgerlichen Freiheiten und sozialen Rechten. Der Schutze der Republik ist also auch die wichtigste Sicherung der Angestelltenrechte.

Die gegen die Republik gerichtete, durch den berrischen Ausnahmezustand besonders gefährdete Bewegung hat außer den erwähnten Gefahren auch noch die Einheit des Reiches bedroht. Die bayrische Wirtschaft ist aber mit der des Reiches so innig verwachsen, daß jede Erschütterung der Reichseinheit für das gewerkschaftliche Leben und damit auch für die Angestellten in Bayern unübersehbare Folgen haben dürfte.

Kollegen! Kolleginnen! Die organisierte Arbeiterschaft hat bereits in gewaltigen und einmütigen Kundgebungen ihren festen Willen zum Abwehrkampf gezeigt. Auch die Angestellten müssen erkennen, daß es nicht genügt, nur Tarifzulagen zu bekommen; ihr Aufstieg bedingt vielmehr, die Ursachen unseres heutigen sozialen Elends zu beseitigen.

Wendet Euch deshalb gegen das Erstarken der Reaktion, durch die Eure Abhängigkeit und damit Eure Not bis ins Unerträglichste gesteigert werden.

Angestellte! Der gegenwärtige Kampf der Arbeiterschaft und des freiheitlich gesinnten Bürgertums ist auch Euer Kampf! Auf-

**Der helle Kopf**

Dr. Oetker's Backpulver  
Backin

Dr. Oetker's Puddingpulver

Dr. Oetker's Gustin

ist die Schutzmarke der echten

**Dr. Oetker's Fabrikate**

Man achte beim Einkauf darauf, daß man nur diese erhält!

Klärung ist nötiger denn je! Macht Euch darum fest von der systematischen und gefährlichen Beeinflussung derjenigen Tageszeitungen, die kapitalistisch orientiert sind, lest die Presse, die bereit ist, Eure sozialen Interessen wahrzunehmen.  
 Noch ist der Antikommunismus gegen das wertläufige Volk nicht abgeklungen. Bleibt wachsam und erwartet in jeder Situation die Weisungen Eurer gemeindefürsorglichen Organisationen.  
 Wohnt die Solidarität mit der organisierten Arbeiterklasse.  
**Allgemeiner freier Angelegenheitenbund (Ma-Bund).**  
 Der Hauptvorstand: Aufhäuser, Urban.  
 Landesauswahls Bayern.  
 Bauer.

### Aus aller Welt.

**Brand in einem türkischen Dorf.** Ein ausgedehnter Brand wütete in der Ortschaft Heinersdorf im Kreise Lebus. Der Brandherd, der von der Scheune des Besitzers Öhne ausging, vergrößerte sich sehr schnell zu einem Riesfeuer. Selbst die breite Dorfstraße konnte den Flammen keinen Halt gebieten. Die großen Viehbestände wurden glücklich dem Raub der Flammen entzogen. Da das Wasser aus einem etwa 160 Meter von der Brandstelle entfernten See geholt werden mußte, gestalteten sich die Löscharbeiten besonders schwierig. Der Schaden, besonders an Getreide, ist sehr groß. Man vermutet Brandstiftung.

**Eine Million unterschlagen.** In Banzenleben bei Magdeburg hat sich der Kreisparassenbuchhalter Franz Schwächter Unterschlagungen im Betrage von weit über einer Million Mark aufschulden kommen lassen. Mit dem unterschlagenen Gelde hatte er größere Spekulationen unternommen.

**Autonglück.** Auf der Eisenbahnstrecke Godesberg-Remagen fuhr ein amerikanisches Auto gegen den Sitzzug Dortmund-Frankfurt. Das Auto wurde vollständig zertrümmert. Sämtliche 6 Insassen sind tot.

**Schweres Bootunglück in Katalonien.** Eine Barke, welche den Segre überquerte, und viele Ausflügler an Bord hatte, kenterte. 31 Leichen wurden bereits gelandet, viele Personen fehlen noch.

**Ein „Perle“ der Bolschewisten.** Aus Stockholm wird gemeldet: Der Vorsteher des bolschewistischen Bombards, der Kommissar Glinwinski, ist unter Mitnahme von Juwelen im Werte von vielen Millionen Pfund Sterling ins Ausland geflohen. Unter den von ihm geraubten Juwelen befindet sich das berühmte Diadem der Kaiserin Scheremeteff mit über 40 Karat Brillanten sowie eine Perlenkette mit 76 großen Perlen. Glinwinski soll sich in Deutschland befinden.

**Schweres Unwetter auf den Antillen.** Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Kingston zerstörte ein heftiges Unwetter die Stadt Georgestown auf der Insel Labago. Man meldet schweren Schaden auch aus Trinidad. Die Ernte ist fast völlig vernichtet.

### Briefkasten.

**Ueberweisungsscheck.** Ein Ueberweisungsscheck geht auf dem bequemsten Weg an seinen Bestimmungsort. Stehen die beiden Banken in Kontokorrent-Verkehr, so geht er direkt. Ist dies nicht der Fall (meistens), so geht er über die Reichsbank, die als Abrechnungsstelle (Clearinghouse) der Banken unter sich dient. Die 10 Mark überweisen wir der Kinderpenne.

**Vermittelt.** Wenden Sie sich an das Deutsche Konsulat in Bukarest.

### Geschäftliches.

**Bad Schwarzen, 14. September.** Neues Lichtspiel-Theater. Herr G. F. Voers hat in dem von ihm erworbenen Grundstück (früher Hotel Kronprinz) Lübecker Str. 68, ein großstädtisch und modern eingerichtetes Lichtspiel-Theater unter der Bezeichnung „Palast-Theater“ errichtet. Gelegentlich einer Besichtigung konnte man nur immer wieder über die glänzenden raumkünstlerische und technische Wandlung staunen, die sich durch den vollständigen Umbau vollzogen hat. Wohin das Auge blickt leuchtet alles auf, in neuen, frischen, freundlichen Farben. Die große Saal erstreckt in einer blendenden, feintönen Lichtfülle. Ueberrascht wird der Eintretende gefesselt von den überaus praktischen Arrangements der gesamten baulichen Veränderungen, die die Herren Maurermeister Peter Brandt, Malermeister Friedrich Brandt, Zimmermeister Otto Wulf geleistet haben. Die Wirkungsvollen, neuzeitlichen Beleuchtungsarbeiten wurden von der Installationsfirma Max Hein und die geschmackvolle Innendekoration seitens der Firma Emil Niese ausgeführt. Ein ausgezeichnetes Konzert wird am 23. September die Eröffnungsfestimmungsvoll einleiten.

### Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wem auf Erfolg rechnet, insertiere in den „Lübecker Volksboten“

### Damen

Unvergleichliche, neueste schicke Formen. (6461) A. C. Füber, Fackenburg Allee 16 Markt Straußfeder-Industrie Gr. Burgstr.

**Lübecker**

# VOLKSBOTE

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Verbreitetste politische Tageszeitung Lübecks

Höhere Abonnentenzahl als sämtliche in Lübeck erscheinenden politischen Zeitungen zusammen

Vorzügliches Insertionsorgan!

**Ella Rose**  
**Paul Kagemann**  
 Verlobte.  
 Renjefeld. Dremstump.  
 15. Septbr. 1921. (6490)

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben zeigt hohen Preis an  
**Heinrich Heilmann**  
 und Frau Paula  
 6484 geb. Rohwedder.

Heute morgen 9 Uhr starb plötzlich nach kurzer Krankheit unsere liebe Tochter und Schwester  
**Anni**  
 im 8 Lebensjahr.  
 Liebesbetruert und schmerzlich betrauert von ihren Eltern, ihrem Bruder, ihrer Schwester und allen die ihr nahe standen. (6492)

**Karl Rahn u. Frau,**  
 Elterntröste 6 h.  
 Beerdigung Sonntag 1 1/2 Uhr nachmitt. u. Sonn. Friedh.

**Bilanzsicherer Buchhalter**  
 übern. jährl. einjährl. Arbeiten fremden. bil. Gef. Ang. u. B L a. d. Exp. (6478)

**Gesucht**  
**1 Kochschneider**  
**1 Hofschneider**  
 in oder außer dem Hause.  
**F. Baese,**  
 Huxstr. 60. (6512)

Familie mit 1 Kind sucht e. 2. Zim.-Boden z. 1. Okt. (6504)  
**H. Wiese,**  
 Schönbödenener Straße 381.

Ein Sofa zu verkaufen. (6489) Travenmännstr. 21 Hl.  
 3. u. 1 A. beide D. Stief. 37/38, 1 Grundst. alt. Exp. (6513) Friedenstr. 83, pt.  
 Neuer Anzug z. u. Fr. 550 M. (6506) 3. str. i. d. Exp. d. St.  
 H. Gerdy u. Wänterpal bil. z. n. Humberstr. 89-93, II. (6505)

3. vert. 1 Uhr m. Glasstoppel (6496) Quadest. 20, pt.



**Der Pupp doktor**  
 heilt jede kranke Puppe.  
 (6475) E. Hertel, Huxstr. 74

Rohrstühle werden ge-  
 sucht. Bitte Postkarte.  
 (6494) Johannistr. 53, I. r.

**Arbeiter!**  
 Arbeiter, Bismarck, Kater, Angler- und Kutter-Verleiher empfielt (6488)

**Oskar Peter,**  
 Glasengießerstraße 31.

**Visitenkarten**  
 fertigt an  
**Friedr. Meyer & Co.**

Bitte, sofort bestellen!

## Der Wahre Jacob

Einzig, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
 Erscheint alle vierzehn Tage  
 Preis der Nummer 3 Pf.  
 Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von allen Postämtern.

Schwarz-rot-goldene  
**Schleifen**  
 zum Preise von Mark 1.50  
 zu haben bei

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“  
 Johannistr. 46.

**Verbandsstoffe**  
 jeder Art (6488)  
**Kindernährmittel**  
**Malzextrakte**  
**Ferd. Kayser.**

**Simerbier**  
 Freitag von 3-6 Uhr.  
**Brauerei Wilcken.**

**Möbel**  
 Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.  
**Boldts Möbellager**  
 Fischergrube 25/27.

**Zur Mühle**  
 Beddergrube 61.  
 Feinstes Weizenmehl 3.60  
 Pa. Roggenfeinmehl 3.00  
 Saferflocken, neue Ernte 3.60  
 Maizerispulver 3.75  
 Grobes Reismehl 3.20  
 Grober Gerst 3.20  
 Sago 4.- u. 4.50  
 Gutkochende grüne u. (6510) gelbe Erbsen 3.50  
 Linsen 4.80  
 Mischobst 4.-

Freitag u. Sonnabend  
 pa. jung. Rohfleisch  
 und Würst.  
**Fr. Kollmann,**  
 Meißnerstraße 8. (6511)